

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengeheilte Postzeit ober deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 252.

Donnerstag, den 27. Oktober 1921.

28. Jahrgang.

Die neue Regierung vor dem Reichstage.

Annahme des Vertrauensvotums mit 230 gegen 132 Stimmen.

Das neue Kabinett.

Berlin, 26. Oktober.

Unmittelbar nach vier Uhr, also vor Beginn der Reichstags-Sitzung, stellt sich die Zusammensetzung des neuen Kabinetts Wirth folgendermaßen dar: Reichskanzler: Dr. Wirth (Z.), Inneres: Dr. Koester (Soz.), Wirtschaft: Schmidt (Soz.), Ernährung: Hermes (Z.), Post: Giesberts (Soz.), Arbeit: Brauns (Z.), Justiz: Professor Rabbruch (Soz.), Vizekanzler und Schatzministerium: Bauer (Soz.), Verkehrsministerium: Groener.

Dr. Hermes ist gleichzeitig mit der Führung des Finanzministeriums beauftragt worden. Das Wiederbauministerium ist noch unbesetzt. Das Außenministerium ist dem Gesandten beim Vatikan von Bergen angeboten, doch steht seine Antwort noch aus, sodas augenblicklich Dr. Wirth das Außenministerium zusammen mit der Reichskanzlerschaft verwaltet wird. Dr. Rathenau hat endgültig abgelehnt, in das Ministerium einzutreten. Dr. Geßler hat die Erlaubnis seiner Fraktion erhalten, das Wehrministerium weiter zu führen.

Eröffnung des Reichstags.

Präsident Loebe eröffnet gegen 1/5 Uhr die sehr stark besuchte Sitzung mit folgender Ansprache:

Der Reichstag hat heute die Stellungnahme der Regierung zu jenem schweren, vielleicht unverwindbaren Schlag entgegenzunehmen, der unserem Volk durch die Entscheidung des Vorkämpfers-Kates über Oberschlesien zugefügt worden ist. In den Monaten vor und nach der Abstimmung habe ich von diesem Schlag aus oft die warnende und mahnende Stimme gegen die Zerstückelung unseres Landes erhoben; sie ist ungehört verhallt. Heute werden die einzelnen Parteien und wird die Regierung dazu Stellung nehmen. Ich will ihnen nicht vorgreifen. Ein Wort aber liegt mir am Herzen, ein Wort, gerichtet an die Landsleute, die in den nächsten Wochen oder Tagen gezwungen von uns gehen sollen. 220 000 Männer und Frauen der jetzt abzutretenden Gebiete haben sich für das Verbleiben beim Deutschen Reich ausgesprochen; mit tiefem Schmerze sehe wir sie und ihre Familien von uns Abschied nehmen — Männer, die ein Leben voll Arbeit mit unserem Lande verbindet, Frauen, deren schönste und heiligste Erinnerungen mit der deutschen Erde verknüpft sind, Kinder, deutsche Kinder, in deren erwachende Sinne vielleicht zum ersten Male das Ahnen und Begreifen von dem Klange des Wortes vor: dort ist deine Heimat, dort ist dein Vaterland! Wir wollen den Scheidenden, die das Gebot fremder Mächte einem fremden Lande mit fremder Sprache und fremder Kultur zuweist, noch einmal die Hand auf die Schulter legen und ihnen ernst ins Auge blickend ein Wort sagen, das bleiben wird: Treue um Treue. (Beifall.) Denn es ist gewiß, keine Macht der Erde kann durch das Mittel der Gewalt Unrecht in Recht verwandeln. (Erneuter Beifall.) Wie trübe auch die Zukunft vor uns liegt, die deutsche Volksvertretung, ihr ober-schlesisches Landesvolk, die Abgeordneten der deutschen Republik geben Euch das Gelöbnis der Treue und dieses Gelöbnis wird bestehen! (Lebhafte Beifall.)

Zum einzigen Punkt der Tagesordnung, Beratung der Entscheidung der Vorkämpfer-Konferenz vom 20. Oktober 1921 erhält das Wort

Reichskanzler Dr. Wirth:

Meine Damen und Herren! Auf Grund des Auftrages des Herrn Reichspräsidenten habe ich die Bildung der neuen Regierung übernommen, die ich Ihnen vorstelle. (Der Kanzler teilt die Ministerliste mit.) Die neue Regierung ist in einer schweren äußeren Lage des Reiches und unter innerpolitischen Schwierigkeiten gebildet worden. Da kein Politiker und keine Partei, welche innere Notwendigkeit zu politischer Tat werden lassen wollen, sich der Verantwortung entziehen dürfen, habe ich das Amt übernommen und Mitarbeiter gesucht und gefunden, die mit mir eines Glaubens sind, daß es nicht angeht, das Schicksal des Vaterlandes durch eine längere Regierungskrise oder durch eine handlungsunfähige Regierung aufs Spiel zu setzen. Ich spreche diesen Männern auch an dieser Stelle besonderen Dank für ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit aus. Die nächste und dringlichste Aufgabe der neuen Regierung ist die Schmerzlichste, die ihr wohl werden kann. Es ist uns auferlegt, innerhalb kürzester Frist, Stellung zur Entscheidung der Vorkämpfer-Konferenz über Oberschlesien zu nehmen und die damit verbundenen Entschlüsse durchzuführen. Die Entscheidung der alliierten Hauptmächte ist Ihnen bekannt und infolge dieser Entscheidung ist die frühere Regierung zurückgetreten und hat damit bekräftigt, daß sie diese Entscheidung als ein Unrecht und als ein Unglück ansieht. In dem Rücktritts-

schreiben an den Reichspräsidenten wurde zugleich ausgesprochen, daß durch den Spruch der Vorkämpfer-Konferenz eine neue politische Lage geschaffen ist.

Im Namen der neuen Regierung erkläre ich, daß sie in der Beurteilung der Entscheidung über Oberschlesien in nichts von dem Standpunkt der vorigen Regierung abweicht. Feierlich betone ich vor aller Welt, daß durch diesen Spruch Deutschland und Oberschlesien harte Gewalt angetan wird. (Zustimmung.)

Die Alliierten müssen selbst anerkennen, daß sie nicht imstande gewesen sind, eine Grenze zu finden, die sowohl dem durch die Abstimmung bekräftigten Willen der Einwohner wie der geographischen wie der wirtschaftlichen Lage gerecht wird; die Alliierten stellen vielmehr ausdrücklich fest, daß die gewählte Linie ein wichtiges wirtschaftliches Interessengebiet zerreiht. Es sind also die Gefahren und Nachteile für das Land Oberschlesien nicht vermieden, die durch die Bestimmungen des Vertrages vermieden werden sollten. Da ergibt sich nach einer Logik die nicht nur die Logik Deutschlands sein kann, daß eine solche Grenze nicht gezogen werden durfte. Um diese Rechtsverletzung auszugleichen, haben die Alliierten zugleich beschlossen, den beteiligten Staaten ein Uebergangsregime aufzuzwingen — eine Maßnahme und Verfügung, die gänzlich außerhalb der ihnen vom Vertrag zugewiesenen Befugnisse liegt.

Diese Rechtsauffassung wird die neue Regierung den Alliierten in einer ihr geeignet scheinenden Weise unverhüllt zum Ausdruck bringen. Sie wird keinen Zweifel darüber lassen, daß sie diese Entscheidung als gegen den Vertrag verstößend erachtet und gegen die Rechte, die nicht aus der Welt geschafft werden können.

In dieser Ueberzeugung ist die Regierung zu der ersten und verantwortungsvollen Prüfung der politischen Lage übergegangen, um den Weg zu finden, auf dem praktisch die mögliche Politik der nächsten Zukunft sich bewegen kann. Die nächste und dringlichste Frage ist, ob dem Auftrag der Alliierten, Vertreter zu den Wirtschaftsverhandlungen in Polen zu entsenden, nachgekommen werden soll. Die Entscheidung der Vorkämpfer-Konferenz stellt Deutschland vor die Wahl, diese Vertretung zu entsenden und so zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Blüte des politisch zerrissenen Landes mitzuwirken oder aber sich Zwangsmaßnahmen und Willkürlichkeiten ausgesetzt zu sehen, deren Art und Umfang zwar nicht näher bestimmt sind, die aber sowohl Oberschlesien als auch unser ganzes Land auf das Schwerste gefährden können. Vor eine solche Entscheidung gestellt, kann die Regierung, der es obliegt, Politik zu machen, mehr als die unerforschten Wege der Geschichte voranzusehen, nur eine Entscheidung treffen, die den nächsten Interessen Oberschlesiens und ganz Deutschlands selbst gerecht wird. (Zustimmung.) Das ist unsere erste Pflicht, die hunderttausende deutscher Volksgenossen, die durch den Nachspruch der Alliierten zu Boden geschlagen werden sollen, nicht im Stich zu lassen und den Versuch zu machen, die durch die Zerschneidung Oberschlesiens drohende Verelendung blühender Gebiete soweit wie möglich abzuwenden. (Sehr wahr!) Hier von ausgehend, wird die Regierung Bevollmächtigte zu den Verhandlungen ernennen und dies den alliierten Hauptmächten unverzüglich mitteilen. Wenn die Regierung in dieser dringenden Stunde die erforderliche Zustimmung der deutschen Volksvertretung hierzu beantragt, so bekennet sie sich auch gleich ihrer Vorgängerin dazu, daß durch die Entscheidung über Oberschlesien eine neue Phase der deutschen Politik geschaffen wird. Es ist kein Zweifel und es wäre ein schwerer Fehler, dies dem deutschen Volke und dem Ausland zu verheimlichen, daß die Deutschland nach den vorangegangenen Vertreibungen seines Territoriums und nach den Verheerungen der Nachkriegszeit noch verbleibende Wirtschaftskraft durch die Teilung Oberschlesiens so vermindert wird, daß alle bisher aufgestellten Berechnungen über die Reparationen stark in Zweifel gezogen sind. Die Gegner Deutschlands haben ihre Hoffnung auf ihre Wiederherstellung, den Anspruch auf Ersatz ihrer Kriegsschäden und den Wiederaufbau der Weltwirtschaft vornehmlich auf die deutschen Reparationsleistungen gestellt und dem deutschen Volke Lasten aufgebürdet, die, wenn sie überhaupt zu tragen sind, nur unter Anspannung aller Kräfte und bei ungemeinlicher Wirtschaftskrise getragen werden können. Die ober-schlesische Entscheidung erschüttert diese Voraussetzungen auf das Schmerzlichste.

Von den 1 950 000 Bewohnern des Abstimmungsgebietes verlieren wir 965 000 oder 49 Proz., also 11 Proz. mehr als sich bei der Abstimmung für Polen erklärt haben. (Hört, hört.) Hierbei ist noch nicht berücksichtigt, daß das Abstimmungsergebnis sehr viel günstiger für Deutschland ausgefallen wäre, wenn die Abstimmung in voller Ruhe und unter wirklichem Schutz sich abgespielt hätte und nicht wie in vielen Teilen der Kreise mit politischem Ergebnis, unter fürchterlichem polnischen Terror. (Lebh. Zustimmung.) Wir verlieren große, blühende deutsche Städte, so Katowitz, wo 85 Proz. für Deutschland gestimmt haben, und Königshütte, wo 58 Proz. für Deutschland lauteten, sowie andere deutsche Kulturzentren ohne jede Rücksichtnahme auf ihre Geschichte, ihre Bevölkerung und ihren vor der ganzen Welt laut bekräftigten Willen. Da muß jeder Gläubige daran schweben, daß

Recht und Gerechtigkeit, daß insbesondere das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Beziehungen der Völker untereinander die ihnen zukommende Bedeutung haben können. Von den 61 Steinkohlengruben fallen 75,5 Proz. an Polen und 90 Proz. des Kohlenvorkommens, wobei von den 5 1/2 Milliarden Tonnen des Deutschesland verbleiben, 2 1/2 Milliarden Tonnen nicht greifbar sind, weil sie im Wassererschlaggebiet liegen. Von der Zinkförderung verbleiben uns nur 39 000 von 262 000 Tonnen, von der Bleierzförderung nur 5000 von 22 000 und allein an Silberproduktion gehen uns jährlich 20 000 Kilo gleich 15 Millionen Goldmark verloren. Von den 37 Hochöfen fallen 22 an Polen.

Die deutsche Regierung erblickt in dem territorialen und wirtschaftlichen Diktat der Entente nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen das deutsche Volk, der es wehrlos gegenübersteht, sondern auch eine Verletzung des Versailler Vertrages. Die deutsche Regierung legt gegen den hierdurch geschaffenen Zustand als gegen eine Rechtsverletzung die feierliche Verwahrung ein, die das Völkerrecht als Schutz vorgewaltiger Völker kennt. Lediglich durch die in der Note ausgesprochene Drohung und um die der deutschen Bevölkerung des ober-schlesischen Industriegebietes sonst bevorstehende Verelendung soweit wie möglich zu vermeiden, steht sich die deutsche Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte zu entsprechen und die darin vorgesehenen Delegierten zu ernennen, ohne damit ihre Rechtsauffassung preiszugeben und einzuschränken.

Die Regierung, die Ihre Zustimmung zu dieser Politik erbitte, ist zustande gekommen nicht aus dem festen und geschlossenen Willen einer Anzahl von Parteien, die eine große Mehrheit der Volksvertretung bilden. In dem eiligen Drängen der Stunde mußte ich die zu positivem und entschlossenem Handeln gewillten Männer und Meinungen um mich sammeln, um mit ihnen die Politik durchzuführen, die ich für notwendig halte. Eine große Anzahl dringender Fragen, wie die Ernährungslage, die Preissteigerung, die notwendige Erhöhung der Beamtenbezüge, die Hilfe für die Kleinrentner bitte ich heute zurückzustellen. An Sie richte ich den Appell zur Mitarbeit und die Aufforderung, uns Ihre Billigung auszusprechen. (Beifall links und im Zentrum.)

Da ein Antrag auf Unterbrechung der Sitzung nicht vorlag, begann darauf sofort die Besprechung der Regierungserklärung.

Gen. Herm. Müller-Franken:

Der Herr Präsident und der Herr Reichskanzler haben bereits der Haltung der ober-schlesischen Bevölkerung, dieser Wärtiger der deutschen Sache, gedacht. Ich schließe mich namens der Fraktion an. Wir glauben besonders, dazu legitimiert zu sein; denn in den Zeiten der Abstimmung sind die deutschen Arbeiter und die deutschen Gewerkschaften die stärksten Träger des deutschen Gedankens und die Hüter der deutschen Sache in Oberschlesien gewesen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es steht einzig in der Geschichte dar, daß ein Teil eines Volkes drei Jahre nach einem solchen Kriege so auf die Folter gespannt worden ist, wie das in Oberschlesien der Fall war. Wir wissen uns eins mit der Bevölkerung Oberschlesiens. Uns bindet gemeinsame Kultur und gemeinsame Sitte. Wir hören von den deutschen Parteien und von den deutschen Gewerkschaften Oberschlesiens das Gelöbnis, daß die Deutschen dort auch unter der Fremdherrschaft ihr Deutschtum bewahren werden und eines Sinnes bleiben mit den Brüdern und Schwestern in der deutschen Republik. (Bravo! bei den Soz.) Unsere Aufgabe wird es jetzt in erster Linie sein, den Deutschen dort zu helfen, soweit das noch in unseren Kräften steht. Das ist der praktische Dank, den die Oberschlesier von uns verlangen können. Mit einer Politik der großen Geste ist niemand gebietet. (Sehr richtig!) weder denen in Oberschlesien noch uns im Reich. Demonstrationspolitik ist etwas, was sich ein wehrloses Volk nicht leisten kann. Wir haben darin andere Erfahrungen als die nationalpolitischen Klopffischer, die die Schuld an der militärischen Niederlage und an dem Zusammenbruch des Reiches (Sehr richtig!) dadurch zu verdecken suchen, daß sie uns das Verständnis für nationale Fragen abspreden. Eine nichtswürdige Heise in der rechtsgerichteten Presse ist die Quittung für die Haltung der sozialdemokratischen Arbeiter in der Abstimmungskampagne für Oberschlesien. Ich will in dieser Stunde nicht weiter polemisieren, ich will zu der Heise nur einen Satz sagen. Sie setzte ein an dem Tage, an dem der Reichstag sich über Oberschlesien unterhält und man mutet uns zu, mit einem laichen Gesindel eine Einheitsfront zu bilden. (Lebhaftes Bravo!) Wenn uns jemand den Vorwurf nationaler Unzuverlässigkeit machen will, so können wir darüber mit Verachtung hinweggehen. In den 7 schweren Jahren, die Deutschland hinter sich hat, hat unsere Partei den besten Beweis geliefert, daß sie sich an nationaler Zuverlässigkeit von keiner anderen Partei übertreffen läßt. Weil wir uns das Recht herausnehmen, zu jeder Zeit und jedermann die Wahrheit zu sagen, deshalb haben wir auch die Pflicht, heute den Staatsmännern der Entente zu sagen, daß die Entscheidung über Oberschlesien nicht nur mit allen Rechtsbegriffen unvereinbar ist, sondern auch mit dem Versailler Vertrag — den ich nicht meine, wenn ich von Rechtsbegriffen sprach — unvertäglich ist. Die Entscheidung, die der Oberste Rat über Oberschlesien auf Grund des Gutachtens des Völkerbundes getroffen hat, kann nach unseren Rechtsbegriffen kein Recht schaffen, sondern ist ein Ausfluß der Gewalt. Ich sage nach dem Auslande hin: als überzeugte Anhänger der Völkerbundsbescheidener wir, daß der Völkerbundsrat sich dazu hergegeben hat, die weder mit dem klaren Ergebnis der Abstimmung noch mit

den Bedürfnissen der oberösterreichischen, der deutschen, der europäischen Wirtschaft verträgliche Entscheidung zu finden. Das ist für uns ein neuer Beweis dafür, daß Rechtsfragen vor ein unabhängiges Schlichtungsgericht gehören und nicht entschieden werden dürfen von Despoten der Regierungen, die nach machtpolitischen Grundfragen und nicht nach rechtlichen Auffassungen ihre Entscheidung treffen. (Sehr richtig!) Aus der uns übermittelten Entscheidung über Oberösterreich spricht nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern in ihr sehen wir vielmehr die Auswirkung des französisch-polnischen Geheimvertrages, der entgegen den Satzungen des Völkerbundes weder in Genf registriert, noch durch das Amt des Völkerbundes veröffentlicht ist. Der Herr Reichskanzler hat schon auf eine Rede des englischen Ministerpräsidenten hingewiesen. Wie soll das von ihm gewünschte einträchtige Zusammenwirken gefördert werden, wenn Oberösterreich ohne Rücksicht auf seine Wirtschaft und gegen den Willen der größten Teils seiner Bevölkerung durch eine, mit keinem Vermerkungsgrunde zu rechtfertigende Entscheidung durch eine Zirkularlinie graufam zerrissen wird. Lloyd George hat übrigens in derselben Rede auf die Notwendigkeit der Stabilisierung unserer Währung und auf die Verknüpfung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge hingewiesen, und er hat den Herrn Professor Cassel aus Stockholm als einen der glänzendsten Wirtschaftler gefeiert. Aber dieser Prof. Cassel hat die Genfer Entscheidung als eine Verhöhnung an der Natur der Wissenschaft bezeichnet und als folgenschweres Beispiel für das durch den Versailler Vertrag ignorierte politische und wirtschaftliche Auflösungsprogramm. Warum feiert Lloyd George diesen glänzendsten Wirtschaftler, wenn er in der Praxis auf dessen Auffassungen verweist? (Sehr richtig!) In der englischen Massenarbeitlosigkeit kann Lloyd George doch erweisen, wie die in der Praxis beschlossene Diktatpolitik der vier starken Mächte ununterbrochen die europäische Wirtschaft verunstaltet. Welcher Wirtschaftler will bestreiten, daß durch den Verlust Oberösterreichs die Erfüllungsmöglichkeit Deutschlands enger begrenzt wird. In den Abtätigungsgebieten soll Polen die staatliche Gewalt ausüben. Das bringt die Möglichkeit des Verfalls für große Teile des Industriegebietes mit sich, die ja durch ein uns aufzuwachsendes, auf 15 Jahre berechnetes, völkerrechtlich einzig dastehendes, gemeinsames Wirtschaftssystem zusammengehalten werden sollen. Wenn heute die Abstimmung in Oberösterreich wiederholt werden sollte, so ist nicht daran zu zweifeln, daß sie ganz anders zugunsten Deutschlands ausfallen würde, als das früher der Fall war. In den Wahnwitz einer Zerteilung ihrer engeren Heimat haben auch die polnisch stimmenden Arbeiter Oberösterreichs nicht gedacht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozial.) Nach dem der deutschen Regierung übermittelten Entschluß des Obersten Rates soll über das Eisenbahn-, Zoll- und Geldwesen, über die Wasserwirtschaft, über die Elektrizitätswirtschaft des Abtätigungsgebietes verhandelt werden, es sollen Kommissare dazu ernannt werden. Der Reichskanzler hat uns mitgeteilt, daß die Regierung dazu bereit ist. Dabei ist nicht zu vergessen, daß diese Einschränkungen für das gesamte Abtätigungsgebiet gelten sollen, daß also auch für den an Deutschland fallenden Teil auf 15 Jahre die deutsche Souveränität aufs schwerste beeinträchtigt wird, falls nicht vorher die deutsche und die polnische Regierung auf dem Wege freier Vereinbarungen Änderungen erzielen. Wir erklären zunächst rein rechtlich, daß diese Bestimmungen eine Stütze in dem Versailler Vertrag nicht finden. Durch diese Entscheidungen wird das oberösterreichische Volk auf das schwerste beeinträchtigt. Wir sind der Auffassung, daß bei den Verhandlungen, die vorgesehen sind, die deutsche Regierung vertreten muß und wird, die oberösterreichische Bevölkerung nach allen Kräften zu vertreten. (Sehr richtig!) Für den Schutz der Minderheiten auf beiden Seiten muß bald gesorgt werden. Hierzu müssen sich Deutsche und Polen zu gemeinsamer Arbeit die Hände reichen, wenn nicht neue unnütze Leiden auf das schwergeprüfte Volk heraufbeschworen werden sollen. Die allerwertvollste Politik wäre es, wenn versucht würde, eine Politik der Klugheit zu treiben. Eine Politik des Bonapartes würde nicht nur die oberösterreichische, sondern auch die gesamte deutsche Industrie schädigen. Wir appellieren nicht nur an die Deutschen, sondern auch an die Polen. Auch bei ihnen muß der Gedanke der Wirtschaft über den nationalistischen Gedanken siegen. Ihr junger Staat hat das doch wohlhabend notwendig.

Wir haben zu dem Kabinett Wirth nach der Erklärung des Herrn Reichskanzlers das Vertrauen, daß es sein Möglichstes einsetzt, um diesen Zielen zu dienen. Der Herr Reichskanzler hat erneut eine sehr schwere Aufgabe übernommen. Meine Partei dankt ihm ausdrücklich dafür, daß er in dieser Zeit schwerer Not erneut dieses große persönliche Opfer gebracht hat. (Lebhaftes Bravo!) Wenn er dafür in einer gewissenlosen Presse als „Kleber“ beschimpft worden ist, so mag er sich damit trösten, daß nur Schmachtpföpfe oder Verleumder heute einem Reichsminister nachsagen können, er liege am Amt. (Zustimmung.) Man wirt dem Herrn Reichskanzler vor, daß seine bisherige Politik falsch gewesen sei. Ich habe im Auftrag meiner Fraktion zu erklären, daß unserer Auffassung nach die vor dem zurückgetretenen Kabinett betriebene Politik die einzig mögliche (Sehr wahr! links.) und damit auch die einzig richtige war. (Erneute Zustimmung.) Jedes Kabinett muß nach unserer Auffassung die gleiche Politik treiben; denn die heutige deutsche Politik folgt im großen zwingend aus dem verlorenen Kriege und nur im kleinsten haben wir die Hände noch frei. Wenn nach der Entscheidung des Völkerbundes Teile von Oberösterreich verloren gehen sollen, so ist das eben die Folge davon, daß wir diesen Krieg verloren haben, daß die deutsche Oberste Heeresleitung gezwungen war, im Oktober 1918 vor den Nachmitteln der Entente zu kapitulieren.

Uebrigens kann ich aus den vielen Besprechungen der letzten Wochen mitteilen, daß in den Parteien, die bereit waren, über eine Koalition zu beraten, bis in die Reihen der Deutschen Volkspartei hinein Einmütigkeit darüber herrschte, daß an der Politik der verheerenden Vertragserfüllung bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit festgehalten werden muß. (Hört, hört! bei den Sozial.) Meine Fraktion hat mit aller Entschiedenheit eine Demission des Kabinetts Wirth widersprochen. Sie wollte alsbald nach Eingang der Entscheidung über Oberösterreich das Parlament entlassen lassen; das entspricht unserer Auffassung des parlamentarischen Systems. Weder kamen wir nicht dazu. (Abg. Dr. Helfferich: Warum nicht?) Das wissen Sie doch, Herr Kollege Helfferich. (Erneuter Zuruf rechts.) Sie wissen doch, daß insbesondere von der demokratischen Partei verlangt worden ist, daß das Kabinett bald demissioniert. So kommt heute leider erst in letzter Stunde der Reichstag dazu, sich in der wichtigen Frage zu äußern. Das hat auf die oberösterreichische Bevölkerung, das hat auf die öffentliche Meinung hier und im Auslande den allerschwersten Eindruck gemacht.

Meine Damen und Herren! Sie haben die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers gehört. Die Entscheidung liegt bei Ihnen. Sollen Sie gegen das Kabinett Wirth aus, so hat die Mehrheit die Pflicht, die Regierung zu bilden. (Sehr richtig! bei den Sozial und im Zentrum.) Meine Freunde würden um der Sache willen bedauern, wenn es so wäre; denn das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hätte die Folgen zu tragen. Es kann jetzt nur eine klare Entscheidung geben: Sie muß für das Kabinett Wirth günstig ausfallen, wenn neue langwierige Wirren und schwere Demissionen dem deutschen Volke erspart bleiben sollen. (Lebhafter Beifall.)

Ulrich (Z.) erhebt im Namen des ganzen oberösterreichischen Volkes gegen den Antrag von Genf, der ein Rechtsbruch und ein Hoja auf die Selbstbestimmung ist, vor aller Welt feierlich Protest. Wir appellieren an die Gerechtigkeit der Völker und hoffen darauf, auf eine Wiedervereinigung mit unserm Oberösterreich. (Beifall.)

Schütz (Z.) Eine Welle der Empörung hätte durch unser Volk gehen müssen und auch die Regierung und das Parlament

mit sich reihen müssen. Aus allen Ausführungen des Reichskanzlers klang hervor, daß wir vor einem ungeheuren Gewaltakt stehen. Wenn wir diese Vergewaltigung wieder akzeptieren, dann streichen wir uns selbst aus der Riste der Völker aus. Wir lehnen die Annahme der oberösterreichischen Entscheidung und die Entsendung eines Kommissars ab. Wir müssen die Irredenta in Oberösterreich vorwärts treiben, die neue Regierung Wirth wird nur eine vorübergehende Erscheinung sein.

Dr. Kahl (DVP.): Warum ist nicht der Reichstag sofort nach Eingang der oberösterreichischen Entscheidung vom Kanzler orientiert worden? Wir haben ein ewig unverlierbares Recht auf Oberösterreich, auch wir wollen erfüllen, soweit unsere Leistungsfähigkeit reicht, aber durch die Annahme der oberösterreichischen Entscheidung ist unsere Reparationsfähigkeit in Frage gestellt. Von einer Bratereaktion halten wir allerdings nichts.

Freitag (USP.): Auch wir empfinden tiefen Schmerz über den Verlust deutschen Landes, zumal der oberösterreichische Staat den Oberösterreichern keine Sicherheit für ein wohlhabendes Unterkommen bietet. Es war ein Fehler aller bisherigen Regierungen, in der oberösterreichischen Frage Illusionen aufrechtzuerhalten, die zusammenbrechen mußten. Darum ist jetzt die Entschädigung so groß. Verloren war Oberösterreich in dem Moment, als Ludendorff die Regierung drängte, den Waffenstillstand abzuschließen. Eine Politik der Irredenta würde nur nutzlos Opfer fordern. Es ist unrichtig, wenn sich die Regierung auf einen Bruch des formalen Rechts beruft. Wir müssen aus dem Wirtschaftsabkommen das Beste herausziehen. Die Regierungstruppe ist nur zum Teil durch die oberösterreichische Frage verursacht. Ein Hauptgrund liegt in der Sehnsucht der hürkerischen Koalitionsparteien nach dem Anschluß nach rechts. Diese Sehnsucht ist durch den förmlichen Beschluß der Sozialdemokratie sehr gestärkt worden. (Widerspruch bei den Sozial.) Sie (zu den SPD.) hätten dabei zum mindesten geachtet operieren sollen. Die Demokraten haben in der schwierigen Situation unglaublich verantwortungslos gehandelt. Unsere Haltung gegenüber dem gesamten Kabinett wird dieselbe sein wie vorher. Wir werden die Regierung solange unterstützen, wie ihre Politik im Interesse des arbeitenden Volkes liegt. Wir wollen keine Politik der aktiven oder passiven Widerstände, sondern die Fortführung der Politik der Erfüllung. (Lebh. Beifall bei den USP.)

Schücking (DVP.): Die Fraktion stimmt im Interesse Oberösterreichs der Entsendung eines Kommissars zu, unter der Voraussetzung, daß sich daraus keine Anerkennung der dem Friedensvertrag widersprechenden Entscheidung ergibt. Der ehemalige polnische Ministerpräsident hat nach der Meldung eines Demberger Blattes offer erklärt, daß Polen bei der Abstimmung beinahe jede Stimme hätte kaufen müssen. (Hört, hört!) Wir erheben klammern Protest gegen die Wegnahme Oberösterreichs.

Emminger (Bayer. WP.) legt scharfe Verwahrung gegen die Genfer Entscheidung ein und lehnt die Entsendung eines Kommissars ab.

Heidemann (Komm.) verliest nach längeren Ausführungen folgende Erklärung: 1. Die Fraktion der Kommunistischen Partei kann die Entscheidung der Völkerbundeskonferenz über Oberösterreich so wenig anerkennen, wie alle anderen Entscheidungen, die sich auf den Versailler Hauptvertrag stützen. Sie warnt jedoch die Arbeiterpartei Oberösterreichs, sich zu irgend welchen nationalistischen Aktionen hinreißen zu lassen. Sie fordert die sofortige Entlassung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen und Bünde. Ein Arbeiterrecht aus oberösterreichischen Arbeitern, Angestellten und unteren Beamten zusammengefaßt, ist unter Kontrolle der Arbeiterparteien und Gewerkschaften sofort zu bilden. 2. Die Fraktion der Kommunistischen Partei protestiert auf das Schärfste gegen die Art, wie das zweite Kabinett Wirth auslande gekommen ist. Der Reichstag ist beim Rücktritt des Kabinetts Wirth nicht gefragt worden. Die Fraktion der Kommunistischen Partei erklärt in dem zweiten Kabinett Wirth nur ein Mittel für eine Stinnes-Regierung, die dem Stinnes-Kabinett die Verantwortung für die oberösterreichische Entscheidung abnehmen und den Weg zu den Deutschnationalen freimachen soll.

Eingegangen ist inzwischen ein Antrag der Regierungspartei Marx (Z.), Wels (SD.), wonach der Reichstag die Erklärung der Reichsregierung billigt, ferner ein Antrag Emminger (Bayer. WP.), Bachmayer (Bayer. Bauernb.), Dr. Beder-Hessen (DVP.) und Herzog (DVP.), wonach der Reichstag gegen den neuen Gewaltakt feierlichen Einspruch erhebt und gegen diesen Rechtsbruch scharfste Verwahrung einlegt.

Marx (Z.) stellt in einer Erklärung fest, daß seine Partei den Antrag Emminger ablehnen werde, nicht deshalb, weil sie mit dem materiellen Inhalt nicht einverstanden wäre, sondern weil im Vordergrund der Verhandlungen die Regierungserklärung stehe.

Müller-Franke (SD.) erklärt den Antrag Emminger für überflüssig.

Lebehörsur (USP.): Wenn wir dem Antrag, der die Erklärung der Regierung billigt, zustimmen, so billigen wir damit nicht sämtliche Ausführungen des Reichskanzlers. Der Antrag Emminger lehnen wir ab.

Es folgen die

namentlichen Abstimmungen.

Zu der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag Wels mit 239 gegen 132 Stimmen der Rechtsparteien und Kommunisten bei 9 Stimmenthaltungen (Bayer. WP.) angenommen, der Antrag Emminger mit 213 Stimmen gegen 132 Stimmen der Rechtsparteien, Demokraten und Bayerischen Volkspartei bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in der die Deutschnationalen eine Erklärung des Kanzlers über sein Regierungsprogramm verlangen, verläßt sich das Haus auf Donnerstag, 3. November, 3 Uhr nachmittags.

Auf Anordnung des Reichspräsidenten wurden die vier Klagen des Reichstagesgebäudes heute im Hinblick auf die Entscheidung über Oberösterreich auf Haftmaß gesetzt.

Die Internationale fordert Revision.

London, 28. Oktober.

„Daily Herald“ veröffentlicht eine Rundgebung des Vollzugsausschusses der Zweiten Internationale, in der eine Abänderung der Völkerbundesentscheidung in der oberösterreichischen Frage und der wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedens gefordert wird. Der Vollzugsausschuß legt dagegen Verwahrung ein, daß Fragen, wie die oberösterreichische, im Interesse kapitalistischer Ausbeutung geregelt werden. Der Sturz der deutschen Mark habe die Fähigkeit Deutschlands, seinen aus dem Alliiertenvertrag entstandenen Verpflichtungen nachzukommen, vermindert. Wenn diese Politik nicht geändert werde, müsse die Lage Europas immer schlimmer werden. Der Vollzugsausschuß der Zweiten Internationale fordert die Arbeiter aller Länder Europas und insbesondere ihre Vertreter im Parlament auf, eine Politik zu fordern, die 1. die Volksabstimmung anerkennt, 2. Minderheiten schützt und 3. die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrags völlig abändert, damit nicht unter dem Namen von Reparationszahlungen fließendes, die zur Verflüchtung der Arbeiterklasse in den geschlagenen Nationen führen und Millionen von Arbeitern in der wirtschaftlichen Pöbeln-erwerblos auf die Straße werfen.

Auf der Reise zur Abrüstungskonferenz.

Reuter. London, 27. Oktober.

Lord Kee, der erste Lord der Admiralität, der Vertreter für Indien, Kasri, sowie ein Teil des Marinestabes und des Sekretariats sind gestern von London nach Southampton abgereist, um sich an Bord des D. „Dympie“ nach den Vereinigten Staaten einzuschiffen. Auch der chinesische Botschafter und der japanische Marine und Seeresachverständige haben die Reise zur Konferenz angetreten.

Rotterdam, 27. Oktober.

Die holländische Abordnung zur Abrüstungskonferenz ist unter Führung des Ministers für auswärtige Angelegenheiten v. Karnebeek nach den Vereinigten Staaten abgereist.

Ungarns Forderungen an Karl Habsburg.

Budapest, 27. Oktober.

Um die Ordnung in Ungarn wieder herzustellen und die Lage Ungarns in Europa zu befestigen, hat die Regierung den Erbkönig Karl aufgefordert, definitiv abzudanken und die vollständige Aufhebung der pragmatischen Sanktionen anzuerkennen. Sie hat ihm vorgeschlagen, sich der englischen Botschaft auszuliefern. Die Regierung hat außerdem dem Erbkönig erklärt, daß sie die Veroran, die an dem Staatsreich teilgenommen haben, zur Verantwortung ziehen wird.

Erdbeben in Italien.

Mailand, 27. Oktober.

Der „Secolo“ meldet, daß in der Nähe von Massa Carrara ein Erdbeben stattgefunden hat, das drei Sekunden dauerte. Die Bevölkerung ist aus der Stadt geflüchtet; der Schaden ist sehr groß.

Die Ueberwachung des deutschen Außenhandels.

Berlin, 27. Oktober.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Am Montag begannen in Koblenz die Verhandlungen zwischen der deutschen Delegation und dem interalliierten Sachverständigenkomitee über die Ausgestaltung des interalliierten Organs zur Ueberwachung der Handhabung der deutschen Ein- und Ausfuhr im besetzten Gebiet. Da der Präsident und einige Mitglieder des interalliierten Komitees, die an den Arbeiten der Pariser Konferenz über die Besatzungskosten teilnehmen, abreisen mußten, wurden die Verhandlungen gestern unterbrochen, um spätestens Anfang November fortgesetzt zu werden. Die Zwischenzeit soll zur Prüfung der gegenseitigen Vorschläge und Einwendungen verwandt werden. Der bisherige Gang der Verhandlungen läßt erhoffen, daß es im Sinne gegenseitiger Verständigung gelingen wird, zum Abschluß einer Vereinbarung zu kommen.

Mordanschlag auf den Genossen Auer.

München, 26. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern Abend war im Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei Sitzung des Vorstandes, zu der auch die „Münchener Post“ eingeladen war. Nach der Sitzung ging Genosse Auer mit mehreren Begleitern seinen gewohnten Weg nach Hause. Am südlichen Friedhof wurden aus dem Friedhofsanker heraus von einem hinter dem Gitter stehenden Attentäter auf Auer reich hintereinander aus nächster Entfernung zwei Schüsse abgegeben. Auer, der hart am Gitter entlang gegangen war, antwortete sofort mit 5 Schüssen. Man hörte einen Schrei. Den Attentäter zu verfolgen, war unmöglich, da die Gittertüre gesperrt sind, und ein Erklattern der Mauern nicht möglich war. Der Friedhof wurde abgeleert, und man fand als Tatbeweis Patronenhüllen. Die Mannhaftigkeit des Attentäters geht daraus her, daß Auer während des gestrigen Tages von gewissen Personen verfolgt wurde. Der Mordanschlag auf Auer ist die zwangsläufig herbeigeführte Antwort auf den Münchener Mordanschlag, aus dem Kampf, den Auer seit einigen Wochen für Aufhebung der bayerischen Verschwörerzentrale führt. Mangels einer auch nach der rechten Seite hin funktionierenden Polizei war Auer gezwungen, durch seinen Nachrichtenendienst die finsternen Zustände ans Tageslicht zu ziehen, welchen die „Münchener Post“ in einer fast täglich folgenden Artikelserie an den Pranger gestellt hat. Die Prozesse Auer mit dem „Miesbacher Anzeiger“ und dem „Böhmischen Beobachter“, sein mannhaftes Eintreten im Prozeß Kanzler, haben offenbar die Augen lockern helfen, die gestern nacht auf ihn abgeschossen wurden.

Berliner Börse.

An der heutigen Berliner Börse stellte sich die amtliche Notierung für Kabel New-York auf 165,5, für London auf 656, für holländische Plätze auf 690. Die Börsenspekulation beurteilte die Aussichten des Kabinetts Wirth als günstig. Außerdem knüpft man gewisse Hoffnungen an die Reise des Reichsbankpräsidenten Havenstein nach London. Die Hausse in oberösterreichischen Papieren und in Danatien nahm einen nie gekannten Umfang an. Die Kurssteigerung betrug 200-600 %. Für Maschinenfabriken, Elektro-Werte und chemische Betriebe bestand großes Interesse. Der starken Nachfrage des Publikums nach Effekten stand so gut wie gar kein Angebot gegenüber.

Unverschämtheit.

„Unverantwortliche Politik“ nennt die Dtsch. Tagesztg. den Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Deutschösterreich und der Tschechoslowakei gegen die monarchistische Gegenrevolution. Diese Bekundung republikanischer Entschlossenheit und Solidarität ist den Deutschmonarchisten offenbar sehr unbehagen, denn sie wissen, daß nunmehr die Arbeiterklassen aller mitteleuropäischen Republiken sich in der gleichen Weise gegen jeden Restaurationsversuch erheben würden. Die „Deutsche Tageszeitung“ meint, wir hätten anscheinend kein Gefühl dafür, daß wir uns seit langem vollständig im Schlepptau der tschechischen Sozialdemokratie (!) befinden. Wir können der „D. T.“ verraten, daß wir in der Tat kein derartiges Gefühl haben. Wegen dieser Willkür zu polemisieren lohnt sich für uns nicht, ebensowenig dagegen, daß es sich bei dieser Abwehraktion vor-

wiegend um nationalsozialistische Ziele handele, für die wir uns mit aller Macht einsetzen, während wir niemals mit dem gleichen Nachdruck für das Schicksal der Deutschen in der Tschechoslowakei eingetreten seien. Die beste Antwort auf diese böswillige Unterstellung ist die Tatsache, daß der gemeinsame Aufruf aus von der deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei mitunterzeichnet ist, die die Interessen der deutschböhmischen und deutschmährischen Minderheiten im Kampfe gegen die tschechischen Nationalisten auf das nachdrücklichste wahr, viel energischer sogar als die bürgerlichen deutschen Parteien, die sich mitunter sehr gut mit den tschechischen Behörden vertragen, wenn es gilt, die deutschsprechende Arbeiterschaft wirtschaftlich zu unterdrücken. Bezeichnenderweise haben sich aber auch diese Deutschbürgerlichen (die etwa unseren Deutschnationalisten entsprechen) durch den Mund ihres Führers Dr. Lodgeman in der Prager Parlamentsdebatte am Montag unzweideutig gegen alle habsburgischen Restaurationsversuche gewandt. Verfolgen auch sie etwa „vorwiegend nationalsozialistische Ziele“?

Den Gipfel der Unverschämtheit erklimmt aber die „D. Z.“, indem sie nach diesen dummdreisten Unterstellungen mit den Worten schließt:

Ebensovienig denkt sie (die deutsche Sozialdemokratie) daran, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um die uns in Oberschlesien drohende Katastrophe abzuwenden. Sie hat andere Sorgen!

Welche Mittel stehen nach Ansicht der Deutschmonarchisten uns und irgendeiner anderen Partei in Deutschland zur Verfügung, um die neue Ungerechtigkeit der Entente zu verhindern? Heraus mit der Sprache! Bisher haben wir aus den Reihen der Mischner lauter Redensarten, aber keinen einzigen positiven Vorschlag gehört, mit Ausnahme vielleicht des Ausbürrungs- und Massenwanderungsplanes des „Berliner Tageblatts“, der aber bestenfalls unsere führenden Filmregisseure interessieren könnte.

„Sie haben andere Sorgen!“ Das schreibt das Organ einer Partei, die in jedem nationalen Unglück, das Deutschland seit zwei Jahren trifft, vor allem eine parteipolitisch auszunützendes Gelegenheit erblickt. Auf diese unerhörte und provozierende Beleidigung der deutschen Arbeiterklasse gibt es nur eine Antwort: Die einzige Sorge der Rechtsparteien seit der Trauerbotschaft über Oberschlesien war die Beseitigung des wegen seiner unzweideutigen republikanischen Gesinnung unbequemen Reichskanzlers Wirth und seines linksgerichteten Kabinetts.

Beamtenfreunde unter sich.

Die deutschmonarchistischen Gutsbesitzerkreise huchen sich in den Parlamenten wie in Versammlungen als besondere Förderer und Anhänger der Beamteninteressen aufzuspielen. Wie es mit dieser Beamtenfreundlichkeit in Wirklichkeit steht, konnten wir schon oft an zahlreichen Beispielen nachweisen. Heute wird uns ein Schreiben zur Verfügung gestellt, das leider schon vom 2. Januar d. J. datiert ist, jedoch auch jetzt noch sein Interesse nicht verloren hat, zeigt es doch in überaus charakteristischer Weise die zwei Gesichter, die die Herren Agrarier vor der Öffentlichkeit und im geheimen den Beamten zu zeigen wissen. Das Schreiben lautet:

Deutscher Guts- und Beamtenbund.
Berlin W. 50, den 13. Januar 1921
Kantestr. 17.

Se. Hochwohlgeboren Herrn Graf von Strachwitz,
Groß-Stein (Kr. Gr.-Strehlitz O.-Schl.)
Ew. Hochwohlgeboren

erlaube ich mir mit Bezug auf meinen Besuch am 10. d. M. und Rücksprache mit Ihrem Sohn folgendes zu unterbreiten:

Es wird Ihnen bekannt sein, daß sich in Deutschland drei Organisationen von Gutsbeamten gebildet haben, vor denen ein Verein sozialistisch ist, der zweite ebenfalls gewerkschaftlich organisiert ist und sowohl mit den städtischen als auch mit den Landarbeitern ein Bündnis eingegangen ist. In der Organisation der Gutsbeamten an der Seite der Landarbeiter ist eine ungeheure Gefahr für die deutsche Landwirtschaft zu erblicken. Deshalb haben sich die Beamten, die auf dem Boden stehen, das die Zusammenfassung an der Seite der Arbeitgeber zu geschehen habe, in unserem Bunde zusammengeschlossen. In Oberschlesien ist die Bewegung von Herrn Dekonomierat Dr. Körtling-Pomischowitz ausgegangen. Der größte Teil der Beamten des Kreises Gr.-Strehlitz gehört unserem Bunde bereits an.

Der ständige Kampf mit den Gewerkschaften hat uns jedoch mehr Geld gekostet, als wir bisher an Mitgliederbeiträgen eingenommen haben. Wir sind daher auf Unterstützung angewiesen. Herr Dekonomierat Dietrich, der mich auch zu Ew. Hochwohlgeboren schickte, hat uns weitgehend unterstützt. Außerdem hat Herr Graf Strachwitz-Schimschowitz mir 1000 Mk. zur Verfügung gestellt und hat mir gesagt, daß auch Sie sich unserer Bitte wohl nicht verschließen würden und uns den gleichen Betrag für unsere Zwecke überweisen würden. Ich möchte Ew. Hochwohlgeboren bitten, dieser meiner Bitte recht bald nachzukommen.

Besonders betonen möchte ich, daß selbstverständlich davon nichts in die Öffentlichkeit kommen darf, da auch in dortigen Kreisen immer noch ein Teil der Beamten dem einen der gewerkschaftlichen Verbände angehört und dieser auf keinen Fall von der Unterstützung erfahren darf.

Im voraus bestens dankend, bin ich mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren ergebenster

gez. Dr. Schneider.

Das Resultat dieses Bittschreibens ist uns leider nicht bekannt. Es unterliegt jedoch kaum einem Zweifel, daß Se. Hochwohlgeboren sich den Bitten auf Unterstützung nicht verschließen haben. Diesenigen Beamten, die sich in völliger Verrennung ihrer Interessen auf die Seite ihrer größten Feinde und Ausbeuter gestellt haben, sind mehr zu bedauern als zu verurteilen. Verzeihen sie doch willig den Schaben, den sie nicht nur ihren Berufskollegen, sondern sich selbst und der gesamten Beamtenschaft zufügen. Die auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehenden Beamten können aus diesem Briefe erkennen, wie recht es mit der Beamtenfreundlichkeit jener Kreise bestellt ist, die in der geheimen Bekämpfung der Beamtenorganisationen ihre vornehmste Aufgabe erblicken.

Ludendorffs Schwedenpaß.

Durch die U. läßt Herr Ludendorff eine längere Erklärung über seine feinerzeitige Fucht nach Schweden verbreiten, die sich u. a. gegen den „Vorwärts“ richtet. Der „Vorwärts“ hatte feinerzeitig mit aller Bestimmtheit erklärt, daß an der Erzählung Ludendorffs, daß er durch Vermittlung des damaligen Volksbeauftragten Ebert seinen Paß vom Auswärtigen Amt bekommen hätte, kein Wort wahr sei. Herr Ludendorff bezeichnet seine Erklärung als „wohl nicht unbedeutend sehr vorzüglich im äußerem“ (!), weil sie nicht bestritte, daß Ebert über den Vorgang unterrichtet gewesen sei. Er veröffentlicht sodann einen Brief, den der frühere Haupt-

mann Breucker (nicht Poemker) unter dem 23. Oktober 1921 an ihn gerichtet hat, der damals die Verhandlungen mit dem Kriegsminister General Scheich und dem Auswärtigen Amt zwecks Beschaffung eines Auslandspasses geführt hatte. Herr Breucker bestätigt Ludendorff, daß seine Darstellung in allen Punkten zutrafte. Scheich habe Breucker erklärt, er würde mit Ebert über die Erstellung eines Passes sprechen. Noch am selben Abend habe Scheich ihm einen noch unausgefüllten Paß übergeben, der durch das Auswärtige Amt ausgestellt werden sollte. Die Erstellung eines Auslandspasses und die damit verbundene Notwendigkeit der Eintragung eines anderen Namens sei weder von Ludendorff, noch von Breucker erwogen worden, sondern regierungsseitig mit den Schwierigkeiten motiviert worden, die sowohl an der Grenze durch die U- und S.-Käte wie auch im Auslande durch die Entente hätten entstehen können. Der Drei Breucker an Ludendorff schließt mit den Worten: „Weil mich der mir unerwarteterweise von amtlicher Stelle überreichte ausländische Paß stutzig machte, fragte ich vor meinem Weggang den Minister (Scheich) ausdrücklich: „Wie auch das Einverständnis der Volksbeauftragten vor?“ General Scheich bejahte und erklärte: „Ich habe das alles so mit Ebert besprochen.“

Zusammengefaßt: Die Erklärung des „Vorwärts“ ist unwahr. Em. Erzellenz haben den Paß durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes und im Einverständnis mit dem Volksbeauftragten Ebert erhalten. Sollte der „Vorwärts“ noch Zweifel haben, so äußert sich vielleicht einmal Herr Ebert dazu.

Demgegenüber erklärt der „Vorwärts“ erneut, daß er eine Darstellung der Angelegenheit aufrecht erhalte. Im übrigen hat der Reichspräsident Ebert in der gegenwärtigen Situation natürlich anderes zu tun, als sich mit Herrn Ludendorff herumzuschlagen.

Geständnisse eines Bolschewistenführers.

Der Sonderberichterstatter des Kopenhagener Parteiblattes „Socialdemokraten“, Genosse Marius Wulff, hatte in Neval eine Unterredung mit dem soeben aus Moskau eingetroffenen Gesandten der Sowjet-Republik, Litwinow, über die der „Vorwärts“ in der Lage ist, zu gleicher Zeit wie das dänische Parteiorgan zu berichten:

Auf die Frage, ob der Handel in Rußland im allgemeinen jetzt frei sei, antwortete Litwinow: Der Handel ist jetzt frei mit den Ländern, mit denen wir Handelsabkommen haben. Wir haben für Milliarden Waren eingekauft in Schweden und in Deutschland. Etwas geringer waren unsere Einkäufe in Amerika und England. Der Handel ist insoweit frei, als es die Sowjetregierung ist, die kauft. Dagegen ist es Privatpersonen noch immer verboten, mit dem Ausland zu handeln. Es ist immer unser Gebante gewesen, Wege zu finden, um Handelsverbindungen zu knüpfen, weil Rußland Waren aus dem Ausland braucht. Unsere einzigen Motive dabei sind Handelsmotive gewesen. Der Mitarbeiter fragte: „Nicht politische Propaganda?“ Litwinow antwortete: „Absolut nicht.“ Wir haben keine politischen Motive in dieser Hinsicht, wir denken nicht an eine politische Aktion in Europa. Ich gestehe, daß in dieser Beziehung sehr großes Mißtrauen gegenüber der Sowjetregierung herrscht, und daß dieses Mißtrauen unsere Verhandlungen nicht günstig gewesen ist. Mit Unrecht schiebt man uns gewisse aggressive Absichten zu. Ich muß aufs allerhöchste betonen, daß die russische Regierung keineswegs mit der Dritten Internationale identisch ist und daß alle unsere Handelsrepräsentanten — und übrigens auch die politischen — nichts mit der Dritten Internationale zu tun haben. (? Die Red.) Wir brauchen nicht Propaganda zu machen für unsere kommunistischen Ideen. Sie werden ihren Weg finden im Westen Europas ohne unsere Hilfe, herbeigeführt durch die wirtschaftliche Situation.

Auf die Verhältnisse in Rußland übergehend, fragte der Berichterstatter: „Wie denken Sie über den Bankrott des Kommunismus?“ Litwinow wiederholte fragend; Bankrott des Kommunismus?“, worauf der Berichterstatter sagte: „Ist Rußland nicht dabei, vom Staatskapitalismus in den Privatkapitalismus einzuschwenken?“ Litwinow antwortete: „Der Kommunismus kann nur in internationalem Maßstab verwirklicht werden. Auf die Dauer kann kein kommunistisches Land isoliert bestehen. Die bolschewistische Revolution im November 1917 ist in der Voraussetzung geschehen, daß der europäische Krieg solche internationalen Folgen haben würde, daß sich die entscheidende Revolution im Laufe von kurzer Zeit in den westeuropäischen Ländern ausbreiten würde. Das kapitalistische Regime im Westen Europas hat sich aber weit mehr lebenskräftig gezeigt, als wir damals in Rußland annehmen. Auf der anderen Seite ist man in den kapitalistischen Ländern in der Hoffnung getäuscht worden, daß leicht ein Ende gemacht werden konnte mit dem kommunistischen Rußland. Rußland ist also das einzige kommunistische Land in Europa mit kommunistischer Regierung und von lauter kapitalistischen Staaten umgeben. Wir können uns nicht von der Umwelt abschließen. Infolgedessen muß ein modus vivendi zur Verbindung zwischen diesen beiden Systemen gefunden werden.“

Es kann auf der einen Seite nur dadurch geschehen, daß man den kommunistischen Staat anerkennt, nicht als ein rein vorläufiges Phänomen, sondern als eine neue Tatsache, die ihre Existenzberechtigung in der jetzigen historischen Situation besitzt. Auf der anderen Seite müssen wir gewisse kommunistische Gesetze und Verordnungen abschaffen, die nur in einer allgemeinen kommunistischen Welt verwirklicht werden können. Die Arbeiterschaft Rußlands wird die Macht in den Händen behalten, die sie an sich gerissen und verteidigt hat durch vier Jahre Leiden und Kampf. Aber es wird keine kommunistischen Bestrebungen umformen und moderieren, insoweit es dies notwendig erscheint zur Aufrechterhaltung seiner Macht und zur Schaffung eines friedlichen Zusammenwirkens mit anderen Nationen. Wir brauchen keine Propaganda zu machen. Die einzige Propaganda, auf die wir uns ein Recht vorbehalten, ist, all den Lügen und Verleumdungen entgegenzutreten, die von konterrevolutionären russischen Emigranten im Ausland über Sowjetrußland ausgebreitet werden.

Der Schluß der Unterredung drehte sich um die internationalen Verpflichtungen Rußlands. Litwinow sagte: „Was die Brüsseler Entscheidungen betrifft, glauben wir immer noch, daß weder England noch Frankreich beabsichtigt, Rußland eine wirtschaftliche Hilfe zu leisten. Alle diese Resolutionen und Erklärungen haben nur den Zweck, sich der humanitären Verpflichtungen zu entledigen. Man stellt zum Beispiel die Bedingung auf, daß Rußland erst seine alten Schulden anerkennen soll. Und dies gerade in einem Augenblick, wo England offiziell und Frankreich halbamtlich von der Sowjetregierung in Kenntnis gesetzt werden, daß der Sowjetstaat bereit ist, alle Schuldverpflichtungen an-

zuerkennen. Hier handelt es sich aber nicht allein um die Frage, alte Schulden zu zahlen, sondern auch darum, Mittel zu finden, um dies zu tun. Aber diese Wege und Mittel müssen wir — die Sowjetregierung und die Westmächte — in gemeinsamen Verhandlungen beraten. Bloße Resolutionen in Brüssel und anderswo führen zu nichts.“

Der „Vorwärts“ sagt dazu:

Diese Äußerungen Litwinows sind zwar nicht die ersten dieser Art, die aus dem Munde eines Führers der Sowjet-Regierung gefallen sind, aber sie gewinnen dadurch an Bedeutung, daß sie in mancher Hinsicht noch freimütiger sind als die feinerzeitigen aufsehenerregenden Erklärungen Lenins über die Notwendigkeit der Erstellung von Konzeptionen an ausländische Kapitalisten.

Die Versicherung, daß die Organe der Sowjet-Regierung nichts mit der Dritten Internationale und ihrer Propaganda gemeinsam haben, wird zwar niemand ernst nehmen, aber was kann alle bolschewistische Propaganda noch ausrichten, nachdem der Bankrott des Bolschewismus so offenkundig durch seine eigenen Väter bestätigt wird?

Rußlands Machthaber geben nunmehr zu, daß sie sich über die Lebensfähigkeit des kapitalistischen Regimes in den siegreichen Weststaaten getäuscht haben und daß ein kommunistischer Staat in einer sonst kapitalistischen Welt unmöglich lebensfähig sein kann. Als wir nach der Revolution unsern Gegnern von links dies begreiflich zu machen versuchten und auf die Lebensfähigkeit des siegreichen Ententekapitalismus hinwiesen, wurden wir niedergeschrien und beschimpft. Und jetzt? Jetzt begründen die leitenden Männer Sowjet-Rußlands ihren neuen Kurs genau mit denselben Argumenten, wie wir damals unsere Ablehnung bolschewistischer Experimente rechtfertigten: Wir schätzen uns glücklich, auch um den Preis jener empfindlichen Rückschläge, die wir als Partei dieserhalb erlitten, das deutsche Volk vor der furchtbaren Katastrophe bewahrt zu haben, die der Bolschewismus für Deutschland bedeutet hätte. An diesem Experiment sind Millionen von Russen wirtschaftlich und buchstäblich zugrunde gegangen. Keine nach so freimütigen Geständnisse lassen sie aufstehen.

Volkswirtschaft.

Das galizische Petroleum in französischen Händen.

Vor dem Kriege war das galizische Erdölkapital fast ausschließlich in deutschen und Wiener Händen. Heute hat sich das infolge der Ueberantwortung dieser Petroleumgebiete an Polen geändert. Frankreich, der getreue Schildhalter aller Wünsche der Polen, ist durchaus nicht uneigennützig dabei. Seit der polnischen Herrschaft ist das deutsche und Wiener Kapital fast ausschließlich aus Galizien verdrängt und dafür in französische Hände überführt worden. Frankreich verfolgt offenbar weitgehende wirtschaftliche Pläne mit der einseitigen politischen Unterstützung Polens. Heute hat Frankreich 50 Proz. des gesamten galizischen Petroleumkapitals in Händen, 20 Proz. des Kapitals ist polnisch und nur noch 8 Proz. gehören nach Wien. In den Rest teilen sich andere europäische Staaten. Die großen französischen Banken und Petroleumgesellschaften sind Besitzer. Ein paar der wichtigsten galizischen Petroleumfelder und Raffinerien befinden sich ausschließlich in französischem Besitz.

Nach diesem in drei Jahren erreichten Einfluß des französischen Kapitals in Galizien ist wohl klar, welche Pläne Frankreich in Wirklichkeit in Oberschlesien verfolgt. Der beste Industriezweig unseres Oberschlesien soll an Polen gegeben werden, damit von Polen dann die deutschen Besitzer davon kapitaniert und die ober-schlesischen Arbeiter vom französischen Kapital zugunsten Frankreichs ausgeplündert werden. Die Polenisierung dieses Industriezweigs bedeutet die Franzosierung der abgetretenen Industrie.

Steigende Butterpreise.

Hamburg, 26. Oktober.

Bei der heute hier abgehaltenen 22. Auktion der Meierei-Verbände von Schleswig-Holstein wurden noch höhere Preise bezahlt als in der vorwöchigen Auktion. Die Preise bewegten sich zwischen 36 und 37,75 Mk. für das Pfund (gegen 36 bis 37,15 Mk. das Pfund auf der letzten Auktion.) Die Zufuhren waren knapp. Zu den Preisen kommt noch ein Zuschlag von 1% Kavelingsgeld.

Devisen-Kurse.

Berlin, 27. Oktober.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
	26. Okt.	25. Okt.	
Amsterdam	100 fl.	6684.80	5769.20
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1186.80	1186.80
Kristiania	100 Kr.	2197.80	2227.75
Kopenhagen	100 Kr.	8206.75	8281.75
Stockholm	100 Kr.	8946.15	8866.10
Helsingfors	100 finn. Mk.	257.70	257.70
Rom	100 Lire	652.80	644.85
London	1 £	655.80	658.80
New York	1 Doll.	165.83	165.83
Paris	100 Frs.	1206.25	1198.80
Zürich	100 Frs.	8016.95	8021.95
Madrid	100 Pesetas	2202.75	2177.80
Wien	100 K.	8.98	8.28
Budapest	100 K.	22.72	22.97
Prag	100 K.	170.80	169.80

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 27. Oktober.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit	Tag	Std.
Angekommen am 26. Oktober 1921.							
S.	Maria	Edergren	Apennade		1		
Angekommen am 27. Oktober 1921.							
D.	Wiborg	Bierow	Stralsund		6		
D.	Flis	Bradbröm	Kopenhagen		1		
D.	Expres	Davidson	Kolding		1		
D.	Lavinde	Wisborg	Fredrikshaven		1		
D.	Rußland	Geißelbrecht	Böine		4		
D.	Bolschewit	Winte	Hamburg		1 1/2		
D.	Kanal 2	Petersen	Göteborg		2		
D.	Sernan	Bahlson	Kopenhagen		1		
S.	Vertha	Sint	Friederica		7		

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Heber; für Freiheit Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schula; für Interat Heinrich Steinberg. Bezugspreis: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Werbet Mitglieder für den Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Jede Verkaufsstelle nimmt Anmeldungen
★ ★ entgegen. ★ ★

7756 a

Sozialdemokratischer
Verein Lübeck.

12. Distrikt.
(Markt.)

Freitag, den 28. Oktober
abends 7 1/2 Uhr
bei Groth, Sottwischstraße:
Versammlung der tätigen
Genossen.

Erscheinen Pflicht, da
wichtige Mitteilungen.
Der Distriktsführer,
Werner.

9. Distrikt.

Sonntag, d. 29. Oktober
abends 7 1/2 Uhr
im Brohingskrug:
Versammlung der tätigen
Genossen.

Erscheinen Pflicht.
Der Distriktsführer,
S. Pils.

Achtung!

Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.
Bezirksverein Lübeck.

General-
Versammlung

am Samstag, dem 30. Oktober
morgens 9 Uhr
im Lokale des Herrn F. Lender,
Sundestraße 41.

Tagesordnung:
1. Unsere Lohnbewegungen
und die Weigerung der
Arbeitgeber die tarif-
mäßigen Zuschläge zu
erhöhen. (8260)
2. Abrechnung vom 2. und 3.
Quartal.
3. Die Ferien im Ban-
gewerbe.
4. Sonstige Verbandssange-
legenheiten.

Es ist unbedingt notwen-
dig, daß alle Vertreter aus
dem Bezirksverein erscheinen
Der Bezirksvereinsvorstand

Empfehle: 8274

Stilles Knäuel
Band 10 Mt.

St. Knoblauchwurst
Band 14 Mt.

Stilles Schwanen
Band 1.50 Mt.

Osw. Heine
Bismarckstr. 37 a

Für die kommenden Bürgerchafts-Wahlen

ist die Gewinnung neuer Abonnenten
für den „Lübecker Volksboten“
und die Werbung weiterer Mitglieder
für die Sozialdemokrat. Partei

Pflicht jedes Genossen!

Die Qualität



ist
unerreicht,
dem Rotfroschkönig
niemand gleicht.

Erdal
putzt die Schuhe, pflegt das Leder

Alleinhersteller Werner & Mertz A.-G. Mainz

Visitenkarten

verlegt Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Reichsvereinig. ehem.
Kriegsgefangener

Nächste
Versammlung

am Freitag, d. 11. Novbr.
abends 8 Uhr
im Lokale „3 Ringe“,
Die Versammlung am
4. Nov. fällt aus.

Tagesordnung:
1. Bericht des Hilfsaus-
schusses.
2. Berichtsbeneh.
8244) Der Vorstand.



Platt.
Volksklub
in
Lübeck

Die Theaterlokale mit
bit vom 31. Oktober abhalt
werden, sonst werden je
verloren und was ad betahlt
is, geht verloren. (8245)

Mitgliedskarten in de
Schriewstamm, Johanni-
strat 15, abholen.

De Gührardt.

Der Puppenspieler
heilt jede kranke Puppe.
8240) E. Herold, N. 77.

Gewerkschaftshaus

Morgen Freitag: (8228)
Großer Ball.

Damen Eintritt frei.

Die Lübecker Lichtspielgemeinde

wird im kommenden Winter wieder 5 oder 6
Bilderbühnenabende in der Stadthalle veranstal-
ten, wenn bis zum 3. November hinreichend
Bauerkarten abgenommen werden!

Als belehrende Filme sind u. a. in Aussicht
genommen: Im Wunderland Indien; Das Meer
und seine Bewohner; Reisen und Jagden im
Innern Afrikas; Eisen; Vulkane und Erdbeben.
Für gute Spielstätte wird gesorgt.

Die (nummerierten) Dauerkarten kosten ein-
schließlich Steuer
in Gruppe 1: 22.— (Einzelpreis also etwa 4 Mk.)
in Gruppe 2: 33.— (Einzelpreis also etwa 6 Mk.)
Die Tageskarten werden erheblich teuer sein.
Karten in der Geschäftsstelle Mühlenstr. 72,
Zimmer 8 (P. 545), sowie durch Vereine (Bild-
ungsausschuß, Arbeiterbildungsverein, Turn-
vereine usw.) und Bureaus. (8286)

Rechnungs-Formulare

fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Deutscher
Transportarb.-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck.

Bersammlung

der
Roll- und Bled-
wagentutlicher

am Freitag, dem 28. Oktober
abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Bericht der
Lohnkommission.

8256) Die Ortsverwaltung.

Dienstag, d. 1. Novbr.,
7 1/2 Uhr:

Im Marmorsaal
Heiterer Abend

Joseph
Plaut

Neues Programm!
Karten a 12.—, 9.00,
7.20, 4.80 Mk. (ein-
schl. Steuer) b. Ernst
Robert. (7240)

Hansa-Theater

Genie Donnerstag
7 1/2 Uhr abends (8287)

Der Vetter aus Dingsda.

Morgen Freitag, 7 1/2 Uhr:
2. Vorst. im Freit.-Abonn.

Ihre Hoheit - die Tänzerin

Stadttheater Lübeck.
Donnerstag, 27. Okt. 7.30 U.
Margarete (Faust).

Freitag, 28. Okt. 7 Uhr.
Brand. Ein dramatisches
Gedicht von H. Jöben.

11. Ab.-Vorst. Buchst. C.
Sonntag, 29. Okt. 7 Uhr.
Faußtagelust 1920/21
(Schüler), Don Juan
und Faust. (8242)

Sonntag, 30. Okt. 11 Uhr
Vortrag Geheimrat Dr.
Max Martens über
„Rabindranath Tagore“.

Sonntag, 30. Okt. 2.30 Uhr
6. Vorst. für d. Arb.-Bil-
dungsverein. Caballeria
rufficana, hierauf „Der
Bajazzo“.

Einzelkartenerwerb a. d.
Theaterkasse.
Sonntag, 30. Okt. 7.30 Uhr
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 27. Oktober.

Wegen Lohnunterschieden ist in der ganzen Fischindustrie von Lübeck und Schlutup die Arbeitsniederlegung erfolgt. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin darf schäftigung in der Fischindustrie in Lübeck und Schlutup annehmen. Arbeiter und Arbeiterinnen sind solidarisch.

Mittelstandsretter.

Und es sprach Herr Doktor Wittern
Von dem Unrecht, dem so bittern,
Daß man hier bei uns zu Lande
Dem bedrängten Mittelstande
Küßlichlos und ohne Schonung
Raubt sogar die Sommerwohnung.
Ja, es ist die Zeit nicht ferne,
Da die Wohnung wird Kaserne.
Und so geht in diesen Nöten
Die Kultur allmählich stöten!

In des Rebellkampfes Hitze
Zuckten derlei Geistesblitze.
Dennoch wollten diese Sachen
Nirgends rechten Eindruck machen,
Und es scholl aus Kellerlöchern,
Aus den Stübchen unter Dächern,
Aus der Gänge düstern Gassen
Und aus den Barackenstrassen:
Mög' die Zukunft uns verschonen
Doch vor solchen „Fraktionen“!

Otto.

Der Kampf gegen die soziale Mehrheit.

Am 13. November, also in ganz kurzer Zeit, finden die Wahlen zur Lübecker Bürgerschaft statt. Die Aufstellung der Kandidaten der verschiedenen Parteien und einiger besonderer Interessentengruppen ist erfolgt und dann ist es im bürgerlichen Lager merkwürdig ruhig geworden. Die Kämpfe haben sich dort vor der Nominierung der Kandidaten im kleinen Kreise abgespielt, da sich viele zur Volksvertretung berufen fühlten, aber von den Managern der Angelegenheit nur wenige für auserwählt befunden werden konnten, wenn die Geldgeber auch auf ihre Rechnung bezüglich der erstrebten Bürgerchaftsliste kommen sollten. Denn für was will man bekanntlich auch was.

Die Einigungs-Kommission des Bürgerbundes, die nach auf seine Anregung erfolgter Blockbildung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie mit einer eigenen Liste der betrübten Lohngewerker auf den Plan trat, hat in den Ernst der Wahlbewegung eine ebenso heitere wie charakteristische Nuance hineingebracht. Man kann daraus auch entnehmen, daß alle Demonstrationen vom Wohl der Stadt nur Theater sind, hinter dem nur schlecht maskierte Mandatsjagderei steht.

Das Geldgeschrei aller Kämpfer für die Wiederherstellung des alten Machtzustandes lautet: Nieder mit der sozialen Mehrheit! So stand es in der bürgerlichen Presse zu lesen, die nachher allerdings dieses treffende Bekenntnis schöner Seelen

dem Druckfehlerteufel zur Last legen wollte, der aus sozialdemokratisch boshafterweise sozial gemacht hätte. In Wirklichkeit sind eben alle sozialen Maßnahmen, besonders diejenigen, die dem Staate Geld kosten oder den Besitzenden Unbequemlichkeiten bringen, dem reaktionären Bürgertume Steine des Anstoßes gewesen und die soll eine antisozialdemokratische Bürgerchaftsmehrheit nach Möglichkeit aus dem Wege räumen.

Bisher hat weder der Bürgerblock in seiner Gesamtheit, noch irgend eines seiner Bestandteile, nicht einmal seine in der Wahl der Mittel gewiß nicht von Skrupeln geplagte Presse, es gewagt zu behaupten, die bisherige sozialdemokratische Bürgerchaftsmehrheit hätte nicht stets für die Bedürfnisse des Staates das erforderliche Verständnis oder die oft bei der angespannten finanziellen Lage Lübecks gewiß nicht leichte Bewilligungsbereitschaft gezeigt. Dabei war sie frei von den kleinlichen Nörgeleien, die früher in der Bürgerschaft so sehr beliebt waren und oft als Ersatz für große Gesichtspunkte dienen mußten.

Eines der großen Verdienste der Sozialdemokratie besteht darin, daß sie in der Bürgerschaft sozialpolitisch vorwärtsdringend tätig war. In der vorrevolutionären Zeit hat die sozialdemokratische Fraktion, die infolge des geltenden Wahlrechts trotz der auf sie entfallenden Mehrheit der Wählerstimmen nur Klein war, es nicht unterlassen, durch zahlreiche Anträge auf sozialpolitischem Gebiete Verbesserungen und notwendige, damals auch finanziell ohne Schwierigkeiten durchzuführende Einrichtungen zu treffen. Aber die unsoziale Mehrheit hatte dafür meistens kein Interesse und kein Geld. Auch jetzt würde ohne die sozialdemokratische Mehrheit auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge, Erwerbslosenfürsorge, Wohlfahrtspflege, nichts Nennenswertes geschehen sein. Das zeigen manche Debatten, die bei solchen Gelegenheiten in der Bürgerschaft geführt wurden, das zeigen die vielen Widerstände, die besonders auch gegen die gesetzliche Regelung der Wohnungsbeschaffung geltend gemacht wurden.

Ohne die Sozialdemokratie in der Bürgerschaft hätte man während des Krieges die Kriegerfamilien, nach dem Kriege die unter den Folgen des Krieges schwer leidenden Opfer der verschiedensten Art bei weitem nicht einmal in dem Umfange geholfen, wie das jetzt der Fall ist. Ohne die Sozialdemokratie wäre Not und Armut noch immer ein Verbrechen, für das die darunter Leidenden mit der Entziehung bürgerlicher Rechte bestraft wurden.

Der Bürgerblock will die soziale Bürgerchaftsmehrheit beseitigen, um ungehemmt von sozialen Rücksichten wie früher unsoziale Politik treiben zu können.

Bürgerchaftswähler, merkt Euch das!

Wo bleibt die Steigerung der Löhne?

Der Schriftsteller Norman Angel hat in einem Buch, welches ein Meisterwerk ist und nur leider zu wenig Beachtung gefunden hat, schon im Jahre 1908 geschrieben:

„Nach dem Kriege von morgen, welcher in Europa nicht ausbleiben kann, wird der militärisch Besiegte der wirtschaftliche Sieger sein.“

Heute hat die ganze Welt die Wahrheit dieser These erkannt. Der große französische Industrielle Andre Michelin sagte kürzlich in einer Rede folgendes:

„Seit einigen Monaten habe ich niemals verfehlt, mit den Herren, welche Deutschland besucht haben, Rücksprache zu nehmen. Deren Mitteilungen, die von Freunden, Kollegen und Angestellten kommen, stimmen darin überein, daß die Industrie und der Handel Deutschlands augenblicklich in einem ausgezeichneten Zustande sind. Die Leipziger Messe und die Ausstellung in Frankfurt waren überfüllt. Bei der Automobilausstellung in Berlin

haben meine Angestellten 15 Hotels aufgesucht, bevor sie ein Zimmer im 5. Stock gefunden haben. Es gibt wenig Arbeitslosigkeit. Wenn Sie die Nächte durch das Gebiet Düsseldorf-Essen fahren, befinden Sie sich inmitten taghell erleuchteter Hochöfenwerke und Hüttenwerke. Es ist unbestreitbar, daß die deutschen Industriellen und Kaufleute große Geschäfte, besonders Exportgeschäfte machen. Es ist sicher, daß das Geld, welches sie für ihre Waren in Empfang nehmen, im Auslande bleibt, da sie kein Vertrauen in die Finanzen ihres Landes haben. Sie behalten es draußen, engagieren sich an kaufmännischen Geschäften, welche sie in der Schweiz, in Amsterdam, Holland usw. gründen, um ihre Produkte unter ausländischer Marke wieder zu verkaufen oder um eine Reserve zu haben für den Einkauf der Rohprodukte, welche sie nur im Auslande beziehen können. Was ist der Grund dieser außerordentlichen Tätigkeit und dieser Kapitalflucht aus Deutschland? Es ist der Rückgang der Mark. In Frankreich war eine Mark vor dem Kriege 1,23 1/2 Franken, augenblicklich ist sie 11 Centimes wert. Das ist einmal so wenig. Aber während die Kaufkraft der Mark im Auslande immer geringer wird, weniger geringer wird sie jedenfalls in Deutschland. Ein deutscher Durchschnittsarbeiter, welcher in einer Fabrik beschäftigt ist, verdient in der Eisenbahn 7 bis 8 Mk. die Stunde. Das ist zum Kurs am 4. Oktober 80 bis 90 Centimes die Stunde. In Frankreich verdient dieselbe Klasse Arbeiter 2,50 bis 3 Franc die Stunde, also dreimal so viel.

Ein guter Monteur verdient 9 bis 10 Mk. die Stunde in Deutschland gegen 3 bis 4 Franc in Frankreich. Man sagt, daß die Arbeiter der Firma Krupp, welche mit einem Streik drohen sollen, eine Erhöhung von 2 Mk. pro Stunde verlangen. Aber was ist 2 Mark? Gleich 20 Centimes. Der Unterschied in bezug auf die Angestellten ist noch größer. Ein guter Mittelangestellter in Deutschland verdient 1500 Mk. pro Monat, das sind 171 Franc, in Frankreich dagegen 800 Franc oder fünfmal so viel.

Die Bautätigkeit in Lübeck weist nach dem Statistischen Amt im zweiten Quartal folgendes Ergebnis auf: Innere Stadt: Wohnungsneubauten 22 mit 22 Wohnungen (Bestand Ende Juni 1921: 4072 Wohngebäude mit 9493 Wohnungen. Vorstädte: 18 Häuserneubauten mit 25 Wohnungen (davon Häuser mit einer Wohnung 13, mit 2 Wohnungen 4, mit 4 Wohnungen 1). Wohnungsneubauten 100. Insgesamt 125 Wohnungen (Bestand Ende Juni 1921: 7192 Wohngebäude mit 18397 Wohnungen). Neue Stadteile: Neubauten 14 mit 22 Wohnungen (davon Häuser mit einer Wohnung 10, mit 2 Wohnungen 3, mit 5 und mehr Wohnungen 1) Wohnungsneubauten 21. Insgesamt 43 Wohnungen (Bestand Ende Juni 1921: 1805 Wohngebäude mit 2959 Wohnungen). In der ganzen Stadt Lübeck sind also im 2. Quartal 1921 zu verzeichnen: 32 Neubauten mit 47 Wohnungen (davon 23 Häuser mit einer Wohnung, 7 mit 2 Wohnungen, 1 Haus mit 4 und 1 mit 5 und mehr Wohnungen). Ferner 143 Umbauten. Insgesamt 190 Wohnungen. Bestand Ende Juni 1921: 13 009 Wohngebäude mit 30 849 Wohnungen. Im 2. Quartal des Vorjahres war das Ergebnis: 80 Neubauten mit 193 Wohnungen (davon 15 Häuser mit einer Wohnung, 32 mit 2 Wohnungen, 16 mit 3, 16 mit 4 und 1 mit 5 und mehr Wohnungen). Insgesamt 114 Umbauten, 311 Wohnungen. Ende Juni 1920 waren vorhanden 12 830 Wohngebäude mit 30 078 Wohnungen.

Grundstückswechsel und Hypothekensbewegung in Lübeck. Nach den Mitteilungen des Statistischen Amtes sind im 2. Quartal 1921 folgende Grundstücks-Veränderungen zu verzeichnen: In der inneren Stadt 83 bebaute Grundstücke von 13 503 Quadratmeter Fläche und 3 683 208 Mk. Wert. In den Vorstädten: 109 bebaute Grundstücke mit 151 879 Quadratmeter Fläche und 6 851 985 Mk. Wert. Unbebaute 117 mit 201 259 Quadratmeter Fläche, 1 080 691 Mk. Wert. Neue Stadteile: 20 bebaute Grundstücke mit 33 061 Quadratmeter Fläche und 686 854 Mk. Wert. Unbebaute 34 mit 108 296 Quadratmeter Fläche und 289 279 Mk. Wert. Insgesamt 212 bebaute Grundstücke mit 198 443 Quadratmeter Fläche und 11 021 992 Mk. Wert. Unbebaute Grundstücke sind es insgesamt 157 mit 309 555 Quadratmeter Fläche und 1 369 970 Mk. Wert. Der Hypothekensmarkt weist für die innere Stadt 346 Umschreibungen mit einem Betrage von 2 865 343 Mk. auf. Neue Verpfändungen 168 mit 3 047 187 Mk., 150 Löschungen mit 998 133 Mk. Gesamte Hy-

Jungfer Winchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

32. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Selten war ein Sonntagmorgen friedlicher verbracht worden. Nichts rührte sich im Haus. Feterlich still blieb alles. Auch als längst die Sonne an grünanzustrihten Mauern und verhängenen Fenstern Einzug nahm, entlaug nicht.

Schon mancher hat sein Glück verschlafen. Wenigstens geglaubt, es verschlafen zu haben. Es sind dies nicht die Beschwögel des Lebens. Gerade sie pflegen bis an ihr Ende zu glauben, daß es ein Glück gibt.

Leicht hätte Anton zu diesen Glücklichen gehören können. Aber es sollte anders kommen.

Als der zweite Dampfer, der wochentags der Bewohner des Hanges die Beduhr ersetzte, zum Hafen herein- und hinausgezwängt war, klopfte es an die Tür des schlummerrnden Hauses. Festig und heftiger. Beide Brüder erwachten.

Sie lauften. Es klopfte wieder. Unbegreiflich, warum Jungfer Winchen nicht öffnete?

Wählich kam Saphir auf den Gedanken, daß die Pflichtgetreue zur ersten Messe geeilt sein würde, um alles Heil für das Wohlgeraten des heutigen Tages herabzubitten. Er rief dies Anton durch die Tür zu und knüpfte manche Betrachtung der Nahrung daran.

Anton hatte sich schweigend mit Pantoffeln und Schlafrock versehen und schlürfte hinunter, um zu öffnen.

Es war ein Bote von Emma.

Er sagte, daß er schon gedacht habe, die geschätzten Herren wären diese Nacht ermordet worden. Anton antwortete, daß ein Bote nichts weiter zu denken habe als das, was ihm aufgetragen.

Emma sah, daß sie leider verhindert wäre, der heutigen Festlichkeit beizuwohnen. Trotzdem das Schwarze, vermittelte weißer Rüschen um Hals und Handgelenke, wie neu geworden und es ihr eine große Freude gewesen, auch einmal mit richtigen Menschen zu Tisch zu sitzen. Aber Pippert war erkrankt. Ernstlich. Noch war es nicht festgestellt, es es sich um ein inneres Leiden handelte oder um Krähengift. Das jetzt überall an den Festhängen ausgebreitet. Emma wußte, was sie einem Freunde schuldig, der zwölf Jahre Regen und Sonnenschein an ihrer Seite ertragen. Gleichviel, ob er äußerlich ein Hund. Sie wünschte viel Vergnügen und hoffte, daß ihr Fehler die Festfreunde nicht beeinträchtigen möge. Auch der Sparsamkeit verschwendet viel unnütze Sorge.

Saphir war gerührt. Er sah das Tier leiden. Daneben den Kummer der Schwester wachen. Er wollte im Logikon über Frühlingszeiten nachdenken.

Anton machte, daß dies keine Lektüre auf nüchternem Magen. Erinnerte daran, daß man für den heutigen Tag andere Dinge in Aussicht genommen.

Der Wein mußte kalt, der Rotwein warm gestellt werden. Zahllose zeitfressende Kleinigkeiten waren zu erledigen. So blieb es dabei, daß Saphir dem Boten nichts anderes mitgab als eine Flasche voll Ricinusöl, das Emma dem Patienten zu schlucken geben sollte. Menschen waren zwar schwer zu bewegen, dieses heilsame Medikament einzunehmen. Aber Tiere waren ja vernünftiger.

Inzwischen hatte Anton festgestellt, daß es Jungfer Winchen so eilig mit dem Rückgang gehab, daß sie nicht einmal den Frühstückstisch geräumt, noch das Speisezimmer gelüftet. Auch in Küche und Speisekammer, wo schon der größte Teil des heutigen Festmahls fertig oder für das Herdfeuer vorbereitet stand, herrschte Dornröschens Schlaf.

War nicht die Zeit an. War nun auch äußerlich bereit zum Frühstück, wonach der Magen längst verlangte.

Jungfer Winchen war noch nicht zurück.

Anton wurde ärgerlich.

Saphir sagte, nichts für ungut. Es wäre Sonntag. Langes Gebet habe noch niemand geschadet. Die Hauptsache blieb, daß beim Festmahl nichts anbrenne.

Man bemühte sich selbst mit dem Frühstück. Es gelang vorzüglich. Man beschränkte sich auf Tee und kalten Aufschnitt. Anton stellte fest, daß solche Jungfer leichter zu entbehren als sie sich einbildete.

Es klopfte wieder. Es war die prophetisch veranlagte Magd, die sich Jungfer Winchen zur Hilfe bestellt gehabt. Sie war erkrankt und geht, daß ihr Herr Anton die Tür öffnete. Ohne zu zögern verteilte sie, daß sie es gehnt, daß ihr heute Besonderes bevorstehe. Dreimal wäre ihr eine Kröte über den Weg gesprungen.

Herr Anton beorderte sie sofort, Jungfer Winchens Hausarbeit in Angriff zu nehmen. Damit etwas Nützlicheres geschehe als prophezeien.

Es wurde Zeit, das Festmahl auf den Herd zu bringen. Unverantwortlich, daß Jungfer Winchen noch fort blieb.

Selbst wenn man sich mit dem Herrgott selber unterhielte, müßte man sich schließlich seiner Pflicht erinnern. Das war Herr Anton Meinung.

Die Prophetin wiederholte, daß sie unaufförllich ahne, daß heute etwas Ungewöhnliches geschehen würde.

Wählich lärgte sie auf. Sie war unvorbereitet auf den Gedanken gekommen, daß Jungfer Winchen als Leiche in ihrer Kammer liegen könne.

Beide Brüder wurden blaß. Gewisse Unbehagen verbreitende Worte sprach man sonst nicht aus in diesem stillen Heim. Anton befaß dem Mädchen, in Jungfer Winchens Kammer hineinzugehen. Damit es sich von seiner Lastheit kuriere. Sie weigerte sich. Sie sagte, sie wäre kein Mann. Sie habe nicht den Mut, in die Kammer zu gehen.

Saphir trat vor und erklärte sich bereit.

Aber mit einem lauten Schrei seiner ehrfurchtgebietenden hohen Beine war Herr Anton an der Kammertür.

Sie war nicht verschlossen. Jungfer Winchen war nicht darin. Weder lebend, noch anders.

Auf ihrem Bette aber lag, befestigt mit langer Hutnadel, ein beschriebenes Blatt.

Mit Bleistift, klein getrigelt, war zu lesen, daß ein unverdächtig Ereignis Jungfer Winchen plötzlich zur Abreise gezwungen.

Näheres stand nicht da. Kein Wort davon, wann sie zurückkehren dachte.

Man wendete das Blatt von einer Seite zur andern. Aber es blieb dabei. Nur auf der Rückseite war zu lesen, daß es das Titelblatt eines Lesebuchs gewesen. Jeder sein eigener Langmeister. Unbedacht konnte man die wichtigsten Wendungen ausführen. Nach wenig Stunden schon wußte man, worauf es ankomme, um seinen Partner wie einen Federball drehen zu können. Auch links herum. . .

XXIV.

So ist es. Ueber dem Kleinen vergißt man das Große. Ueber das Nebenächliche das Hauptziel. Nicht einen Augenblick hatten beide Brüder bisher Zeit gehabt, an das Nachbarhaus zu denken und an das, was es barg.

Sie überhörten sogar, daß die Magd, als draußen Räder vorüber rollten, erklärte, jetzt fahre das Nachbarfräulein zur Prozession. Sie vermuteten eine neue leere Prophezeiung. Erst als sie eine bekannte und nicht unangenehme Stimme „Hollahopp“ hatten rufen hören, trat jeder für sich ans Fenster. Gerade als der Streifen eines hellen Hutes und der Fächerwimpel eines weißen Schleiers um grüne Wegbiegung schwandten.

„Jetzt heißt es Mann sein“, sagte Anton.

Man würde auch ohne Jungfer Winchen fertig werden.

Er ließ sich das Kochbuch reichen.

Die Magd blätterte schon darin. Wieder schrie sie auf. Ein Bild war herausgefallen. Es war ein schwarzer Schornsteinfeger. Sie hatte gedacht, es würde ein Heiligenbild sein. So wie sie auch ihren Schutzpatron als Merzeichen im Gesangbuch hatte. Aber solch schwarzen Mann. Sie wußte nicht einmal zu sagen, was das zu bedeuten hatte.

Anton hatte das Buch ergriffen und kommandierte. Die Speisen waren von Jungfer Winchen vorgeordnet. Die Angelegenheit würde sich auf diese Weise erledigen lassen. Die Magd gehorchte aufs Wort. Anton befaß streng, die nächsten Stunden weder etwas zu ahnen, noch zu denken, sondern sich genau an Tabellen zu halten.

Geteilte Arbeit, halbe Arbeit.

Saphir sollte inzwischen die Tafel decken. Für starke Personen hielt Anton bezwungen Küchendampf nicht für zuträglich. Abgesehen davon, daß das Motto des Kochbuchs lautete, daß viele Köche den Drei verderben.

(Fortsetzung folgt.)

postenbelastung Ende Juni 1921: 138 400 962 M. Vor-
stände: 609 Umschriften mit einem Betrage von 5 871 269 M.,
neue Verpfändungen 475 mit einem Betrage von 12 006 076 M.,
Zuschüsse 252 (1 568 430 M.), insgesamt 157 597 876 M. Neue
Stadteile: 86 Umschriften mit einem Betrage von
915 860 M., neue Verpfändungen 76 (1 014 650 M.); insgesamt
47 197 619 M. Alle drei Stadteile zusammen: 1041 Umschriften
mit einem Betrage von 9 652 468 M., neue Verpfändungen
813 (19 049 546 M.), Zuschüsse 478 mit einem Betrage von
3 581 213 M., insgesamt 343 205 457 M.

Paket- und Telegrammtarif für das Ausland. Infolge der
Verslechterung des deutschen Marktkurses und der dadurch be-
dingten bedeutenden Erhöhung der an das Ausland zu vergüten-
den Beförderungsgebühren sieht sich die Postverwaltung zur Ver-
schiebung von empfindlichen Verlusten gezwungen vom 1. November ab
die Gewicht- und Versicherungsgebühren im Auslands-
paketverkehr wieder zu erhöhen und nach dem Verhältnis
von 1 Goldfranken = 20 Mark (gegenwärtig 16 Mark) zu er-
heben. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertan-
gabe auf Briefen und Rüstchen mit Wertangabe und auf Paketen
nach dem Auslande maßgebend. Ueber die Einzelheiten erteilen
die Postanstalten Auskunft.

Auch für Auslands-Telegramme treten erhöhte Ge-
bühren in Kraft. Ab 1. November beträgt die Wortgebühr für
Telegramme nach Belgien 2,70 M., Bulgarien 5,20 M., Däne-
mark 2,70 M., Frankreich 3,20 M., Griechenland 5,70 bis 9,80
M., Großbritannien 5,50 M., Italien 3,80 M., Jugoslawien
4,50 M., Island und Letland 7,00 bis 8,20 M., Litauen (über
Königsberg) 3,20 M., Norwegen 3,60 M., Oesterreich 0,60 M.,
Polen 3,20 M., Portugal (über Frankreich) 5,00 M., Rumänien
4,50 M., Rußland 8,20 M., Schweden 3,20 M., Schweiz 2,70 M.,
Spanien (Puntweg oder über Frankreich) 4,50 M., Tschechoslo-
wakei 0,80 M., Türkei 9,80 M., Ungarn 1,50 M., Neupost via
Transradio 22,50 M., übrige Wege 27,00 M. Die sonstigen Ge-
bührenhöhe nach Uebersee erhöhen sich durchweg um 20 v. H.

Ueber eine neue lübeckische Kirchenverfassung verhandelte
am Mittwoch die Synode. Der ausgearbeitete neue Entwurf
sieht gegenüber der alten Verfassung wesentlich andere Bestim-
mungen vor. Danach wird die Kirchengewalt künftig nicht mehr
vom Senat, sondern von der Synode und dem Kirchenrat aus-
geübt. Letzterer ist nicht nur Verwaltungsausschuss, sondern auch
mittelscheidender Faktor bei der kirchlichen Gesetzgebung. In der
Synode betonte Bürgermeister Dr. Neumann u. a., daß die
evangelische Kirche vor einer wichtigen Entwicklung stehe. Die
neue Verfassung erfordere, daß die Kirche vom Staate ge-
trennt wird und ihre eigene Organisation bekommt. Ueber den
vorgelagerten Entwurf entspann sich eine längere Aussprache.
Schließlich wurde die Beratung abgebrochen und auf Dienstag
nächster Woche vertagt. Vorher waren für Licht, Heizung und
Reparaturen in den Kirchen rund 25 000 M. bewilligt worden.

Gerettete Schiffbrüchige. Am Sonntag gelangte die Mann-
schaft des Hamburger Schoners „Seeschwalbe“ (285 Reg.-
Tons), mit 131 Standart Holz von Neaborg (Finnland) nach
Altona unterwegs, als Schiffbrüchige nach dem Memeler Hafen.
Der Segler war Ende vorigen Monats mit einer Salzkudde
von Lübeck nach Neaborg gefahren. Dieses hatte er am 7. Ok-
tober wieder verlassen. Unterwegs hatte er mit sehr schwerem
Wetter zu kämpfen. Bei dem Nordweststurm sprang das Schiff
schließlich in der Nacht an Sonntag led. Es bekam sofort
Wasser in den Raum, daß die Mannschaft schließlich um 1 Uhr
nachts bei schwerem Sturm das Schiff verlassen mußte. Der
Kapitän Eduard Krüsk, der Steuermann und die sechs Mann
Besatzung unter denen sich zwei Lübecker befanden, gingen
in das Boot, in der Hoffnung, Memel zu erreichen, und trieben
dann bis morgens. Gegen 8 Uhr morgens kam man in die
Fahrttrichtung des nach Riga bestimmten Reptindampfers „Mer-
kur“, der die Schiffbrüchigen aufnahm. Sie hatten das Schiff
ungefähr 50 Seemeilen westlich von Memel in ihrem Boot ver-
lassen, 40 Seemeilen von Memel ab wurden sie vom „Merkur“
aufgenommen. Der Dampfer brachte die Schiffbrüchigen Son-
ntag nachmittag bis vor Memel, wo sie der Postdampfer „Rei-
her“ aufnahm und nach Memel an Land brachte. Der Segler
„Seeschwalbe“, der außerdem 60 Tonnen Steinballast geladen
hatte, dürfte gesunken sein. Die gerettete Mannschaft ist nach
Damburg bez. Lübeck zurückgeführt.

Kauf von Silbergeld durch die Post. Das Reichsbank-
direktorium hat den Verkaufspreis für Reichsbankmünzen mit
Wirkung vom 24. Oktober an auf den siebenfachen Betrag des
Nennwertes der Stücke festgesetzt. Es sind also beim Ankauf durch
die Post bis auf weiteres zu zahlen: für ein Einmarkstück 7 M.,
für ein Zweimarkstück 14 M., für ein Dreimarkstück 21 M., für ein
Fünfmarkstück 35 M., für ein Halbmarkstück oder halbes
Fünfmarkstück 3 M. 50 Pf., für ein altes Zwanzig-
pfennigstück 1 M. 40 Pf. Für einen Laler werden auf Grund seines
höheren Silbergehalts 23 M. bezahlt. Bei abgenutzten Münzen
ist ein entsprechender Abzug zu machen.

**Von der Schiffahrt. Ermäßigung der Passa-
gierpreise nach Neupost.** Für die beiden amerika-
nischen Dampfer „Manchuria“ und „Kongolia“

der American Line, die einen regelmäßigen Passagier-
dienst zwischen Damburg und Neupost unterhalten, ist, wie das
Reisebureau „America“ in Berlin mitteilt, der Kapitänpreis um
70 Dollar ermäßigt worden. Bei der augenblicklich hohen Pa-
suta bedeutet dies für Reisende nach Neupost eine ganz wesent-
liche Ersparnis. — Für den gewöhnlichen Sterblichen kommt die
Fahrtklasse nicht in Betracht. — Neuer Passagier- und
Frachtdampfer für die Hamburg-Amerika-Linie ist in
Breiten der neue Passagier- und Frachtdampfer „Württem-
berg“, ein Schwester-Schiff des Dampfers „Bayer“, von 12 000
Tons fertiggestellt. Der Dampfer soll Ende dieser Woche im
Damburger Hafen eintreffen. — Neue Stinnes-Linie. Di-
vago Stinnes-Gesellschaft für Seeschiffahrt und Ueberseehand-
el wird in Erweiterung ihres bisherigen Schiffsdienstes binnen
kurzem eine neue Fracht- und Passagierdampferlinie nach Kuba
und den Golfhäfen eröffnen. — Ein deutscher Frisch-
dampfer aufgebracht. Vom dänischen Marineministerium
erfolgt die Mitteilung, daß der deutsche Frachtdampfer „Por-
wärs“ aus Bremen am 21. Oktober an der Rüste von
Nästland von einem dänischen Inspektionsdampfer aufgebracht
und zu 8000 Kronen Geldstrafe verurteilt wurde unter der Be-
gründung, Frischgerätschaften in den dortigen jütlan-
dischen Gewässern in Unordnung gebracht zu haben. —
Stinnes kann ausländische Dampfer laufen. Die
Aktiengesellschaft Duvo Stinnes für Seeschiffahrt und Ueber-
seehandel hat folgende sieben Dampfer der Reederei Nordstern
in Stockholm angekauft: Anne und Axel Johnson, Drottning
Sofia, Detar, Fredrik, Prinzessin Ingeborg, Kronprinz Gustav,
Kronprinzessin Viktoria. — Welch ein Geld gehört bei dem heu-
tigen Stande der Valuta zu einem solchen Ankauf! Und dieselben
Industrieelbände drücken sich um die Steuern.

Der beliebte Lautensänger Karl Blume bereite seine
zahlreich erschienenen Verehren am Mittwoch im grünen Saal
des Stadttheaters einen genussreichen Abend. In 20 humorvoll
vorgelegenen Liedern, darunter verschiedene nach eigener Weise,
eroberte er sich die Herzen und leitete die Gedanken vom Alltä-
glichen ab. Er sang von Rena und Liebe und entlockte seinem
Instrumente prächtige Weisen. Reicher Beifall wurde dem
Künstler zuteil.

Der heitere Fridolin. Eine Halbmonatsschrift für Sport,
Spiel, Spaß und Abenteuer, recht hübsch und bunt
illustriert gibt der Allstein-Verlag in Berlin heraus. Es ist ein
erster Versuch, der Jugend, die noch die Schulbank drückt, einige
wirklich frohe Stunden zu bereiten und sie an das Lesen einer
periodisch erscheinenden Zeitschrift zu gewöhnen. Wenn die fol-
genden Hefte halten, was die erste Nummer bietet, dann wird es
nicht allzu lange dauern und das Unternehmen für die Kleinen
wird einen Erfolg zu verzeichnen haben, der sich den gelehrten
illustrierten Zeitschriften für Erwachsene an die Seite stellen kann.
Recht einladend stellen sich die Mitarbeiter Rampo, Onkel Soldi,
Bräutigam und Wommel vor. Man sieht es ihnen an, daß sie
manche Schelmenstücke hinter den Ohren sitzen haben, die sie
ihren jungen Kameraden in die Ohren kitzeln wollen. Die
Sprache der Erzählungen ist knapp gehalten, greift an das
Fassungsvermögen der kleinen Leser, zwingt sie in frohlichem
Bann und führt ihnen doch ganz unvermutet etwas vom rechten
Lebensweg zu. Wir haben da die chinesische Geschichte von den
vertauschten Rössen im Auge. Wir wollen nicht alles aufzählen,
was auf den 24 Seiten verzeichnet ist. Ueber 8 Seiten farbige
Bilder und 14 Seiten Schwarzzeichnungen zwischen dem Text
geben da allerhand zu schauen und sind wohl des Ermahnens-
wert. Die ersten belehrenden Beiträge regen zum Nachdenken
an und Fridolins Laubhütten sowie Onkel Soldis Witzge-
schichten aufgeführt ist. Man kann sie mit gutem Gewissen jedem
empfehlen; er wird seinen Kindern damit große Freude bereiten.
Die Zeitschrift kostet pro Nummer eine Mark und ist in der
Buchhandlung des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 48 zu
haben.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Die Lübecker Reichstagsgemeinde gibt im heutigen Anserat
die Bedingungen für die bevorstehende Spielzeit bekannt. Die
Veranstaltungen können nur stattfinden, wenn bis Anfang November
durch Abnahme einer ausreichenden Anzahl von Dauerkarten die
finanzielle Grundlage gesichert ist. Da der Preis der Dauerkarten
im Vergleich zu den Theatern und Kinos mäßig und erheblich
billiger als die später auszubehenden Tageskarten ist, so darf bei
dem allgemeinen Interesse, dessen sich die Bühnenbetriebe
bisher erfreut haben, wohl auf ausgiebige Beteiligung gerechnet
werden. Die Kartenausgabe erfolgt in der Geschäftsstelle, Wüh-
lenstraße 72, Zimmer 8 (F. 545) wie auch durch größere Vereine und
Bureaus, auch bei der Volkshochschule.

Handwerkerschule. Die Fortbildungskurse für Gesellen
und selbständige Handwerker in der Gewerkschule be-
ginnen am 1. November. Für diese billigen Abendkurse für alle
Gewerbe der Metall- und Holzverarbeitung sei beson-
ders hingewiesen. Die kunstgewerblichen Kurse im Ent-
werfen von Textilarbeiten, Gebrauchsz- und Schmud-

gegenständen, graphischen Arbeiten, im Tonma-
bellieren, Zeichen und Malen sind auch Damen zu-
gänglich.

Stadttheater. Am Freitag gelangt Brand, ein drama-
tisches Gedicht von H. Ibsen, erstmalig für Lübeck zur Aufführung.
Regie: Carl Heidmann. Träger der Hauptrollen die Damen:
Nemmann-Heidmann, Geißel-Fernau, Kann und die Herren:
Süssenquand, Schiller, Brandt, Kubat, Janßen.

Hansa-Theater. Die Operette „Der Bettler aus
Dingsda“ von Eward Rüchke läßt wie in anderen Städten
auch in Lübeck ihre Zufrucht aus. „Ihre Hoheit — die Tänzerin“
mit Fräulein Lizzie Niess als Herzogin (Tänzerin) wird morgen
Freitag als zweite Vorstellung im Freitag-Abonnement ge-
geben.

Angrenzende Gebiete.

Damburg. Abel verhaftet und geständig. Der
der Unterschlauna von 94876 M. zum Nachteile des Bürger-
bundes von Damburg-Altona-Wandebek bezichtigte bisherige
kaufmännische Leiter des Bundes, Hermann Abel, ist nachts in
der Wohnung einer seiner Bräute (er hatte zurzeit zwei), in der
Breiten Straße 12 verhaftet worden. In seinem Besitz fand man
noch 10 M. A. gab die Veruntreuungen zu und erklärte, daß
er die Gelder für die Unterhaltung seiner Kinder (A. war schon
zweimal verheiratet) sowie zur Durchführung seines Ehe-
scheidungsprozesses mit verwandt habe.

Damburg. Eine Demonstration der Telegra-
phenarbeiter, zu der in der Volkshochschule aufgerufen war,
wurde am Mittwoch veranstaltet. Sie nahm einen durchaus
ruhigen Verlauf. Während eines Ganges, der etwa 2000 Teil-
nehmer von der Moorweide nach dem Telegraphenamt Binder-
straße und zurück führte, verhandelte eine Kommission mit dem
Präsidenten der Oberpostdirektion. Das Ergebnis wurde nicht
bekanntgegeben. Ein Lohnausfall für den Tag tritt nicht ein.
Die Arbeit wurde geschlossen wieder aufgenommen. Postaus-
helfer und Beamte hatten ihre Sympathie bekundet, waren jedoch
der Demonstration ferngeblieben. Es wurde eine Wirtschafters-
beihilfe von 2000 M., der Achtundtag, die Einstellung der
Reduzierung von Arbeitskräften, die Entzerrung der reaktionären
Elemente in den Verwaltungsstellen und die sofortige Wiederauf-
nahme der Lohnverhandlungen auf der Grundlage einer aus-
reichenden Lohn- und Gehaltssteigerung gefordert. — Geal-
ter Kauf. Eine Dantangeliste, die eine Aktentasche bei sich
hatte, in der sich ein Scheck über 10 000 Dollar und fünf Stück
100-Dollarscheine befanden, besuchte ein Kaufhaus in der Stein-
straße. Als sie sich im Fahrstuhl befand, wurde ihr von einem
jungen Mann, der mit in den Aufstieg gestiegen war, Pfeffer in
die Augen geworfen und dann die Tasche entrisen. Trotz sofor-
tiger Verfolgung ist der Täter mit dem Gelde entkommen.

Kiel. Es ist erreicht. In Kartoffeln ist, wie von
der hiesigen Börse gemeldet wird, die Provinz Schleswig-Holstein
infolge der auswärtigen Aufkäufe ausverkauft, so daß für
die Versorgung der hiesigen Bevölkerung mit Kartoffeln aus
Mecklenburg und Bommern zurückgegriffen werden muß. Der
Transport wird diese Kartoffeln im Preise steuern. — Auch aus
dem Kreise Südböden sind in der letzten Zeit große Mengen
Kartoffeln mit der Bahn verladen worden.

Kiel. Ein Kommunistenprozess vor dem
Schwurgericht. Als um die Oftertage in Mitteldeutschland
die kommunistischen Unruhen ausbrachen, fasten einige politische
Querhölzer den Beschluß, die Rendsburger Hochbrücke
in die Luft zu sprengen, um etwaige Truppen- oder
Sipotransporte zu verhindern. Schließlich bekamen die Dpna-
sitanden Angst vor der eigenen Courage und beschloßen, von der
Sprengung Abstand zu nehmen und nur Eisenbahnstrecken zu
beschädigen. Vor lauter Angst kamen sie dann auch hierzu nicht,
und was schließlich übrig blieb, war eine Anklage wegen ver-
suchter Verbrechen, welche das Strafgesetzbuch mit schweren Zuch-
thausstrafen bedeckt. Die ganze Geschichte war so dumm und
planlos angelegt, daß man versucht ist, an irgendwelche Spitzel-
mache zu glauben. Die Verhandlung vor dem Kieler Schwur-
gericht vollendet das Bild dieser „Velden der Propaganda der
Tat“. Die armen Schächer, in begreiflicher Angst um ihren Kopf
und ihre Freiheit in der „Ebert-Republik“, begannen sich
gegenseitig zu bezichtigen und einer den anderen
hineinzureißen. Der Hauptmacher Karge, ein idealisti-
scher Wirt, gefiel sich in der Rolle eines Hölz in Duobes-
format. Man hatte den peinlichen Eindruck, hier einen armen,
wirren Menschen Theater spielen zu sehen. Nach kundenlangem
Vernehmung kam das Schwurgericht endlich zu der Auffassung,
daß die Sache vor das Reichsgericht gehöre, da begrün-
deter Verdacht des Hochverrats vorliege. Die Sache wurde des-
halb an das Reichsgericht verwiesen. Der Antrag, die Ange-
klagten aus der Haft zu entlassen, wurde abgelehnt.

Seide. Unverhoffte Jagdbeute. Bei dem Sturm
tamen an der Küste große Scharen wilder Gänse und Gänse
vollständig ermattet über den Seebeich, woselbst sie von Strand-
läufern mit Stöcken erschlagen wurden. Ein Mann erbeutete

Lübecker Wahlen in früherer Zeit.

**Erinnerungen an die denkwürdige „Kornblumensammlung“
im Juli 1878.**

Jedesmal, wenn politische Wahlen vor der Tür stehen,
schweifen die Gedanken gerne zurück auf längst vergangene alte
Zeiterhältnisse ähnlicher Art. So auch heute angesichts der kom-
menden Bürgerchaftswahlen auf die vor 43 Jahren in Lübeck
stattgefundenen Reichstagswahlen in Folge des blutigen
Hödel-Mordmordes an den alten Wilhelm I. — Einige
Bemerkungen auf die Wahlen jener ferneren Zeit, sowie auf die
Partei-Verhältnisse im Lübecker Wahlkreis mögen hier gestattet
sein.

In unserer Stadt gab es nur zwei politische Parteien: Li-
berale und Sozialisten. Beide in sich gespalten. Erstere
in Fortschrittliche und Nationalliberale, letztere in Vassalleaner
und jenen Eisenacher. An den ersten allgemeinen Wahlen zum
Zollparlament und Norddeutschen Reichstag beteiligten sich offi-
ziell weder die Vassalleaner noch die Eisenacher. Der Wahlkampf
wurde auf der einen Seite von den sozialistischen Kandidaten und
den unter fortschrittlicher Flagge stehenden, eben die Karte aus
dem Federbett hervorziehenden „Kornblumen“, den Fabrikanten
von heute, geführt. Auf der anderen Seite von den im Hafen und
auf den Werften und Schiffen beschäftigten Werkleuten unter An-
führung der mehr als hundertjährigen Trägercorporation. Auf der
Wahlliste standen Kaufmann Döhling und der Rechtsbefähigte
Dr. Götz. (Der Vater des bekannten Bürgerchaftsmittels Dr.
Götz.) Die Sozialisten beherrschten jedoch wie die Lö-
wen. Die Siegesparole trug Dr. Götz mit 1159 Stimmen ha-
ben. Er wurde bald darauf zum Landrichter erhoben und mußte
sein Mandat niederlegen. Es folgte kurz darauf Dr. Blessing
mit 453 Stimmen und als er auf denselben Ehrenbreit bald
zum Senator emporgeschoben war und quittieren mußte, kam es-
lich der Kaufmann Liebau aus der Wahlkurse heraus. 871
Stimmen hatte er auf sich vereinigt. Dieses Stimmenergebnis
spiegelt mehr als alles andere die Interessenspolitik der Lübecker
an den politischen Erscheinungen wider.

Nach dem „Glorreichen Krieg“ wurde das deutsche Volk zur
ersten Wahl zum Deutschen Reichstag aufgerufen.
Für waren auch nicht mäßig gewesen, hatten uns mit den Eisen-
achern geeinigt und den Eisenacher G. Hartmann aus
Hamburg zur Wahl gestellt. Man nahm uns nicht ernst. Unter
jüngeren Gelehrten, Studentengängen und Missionaren, wegen des in

Frankfurt a. M. geschlossenen Friedens trachten wir es doch am
3. März 1871 auf 543 gegen 893 gemessene Stimmen, die auf
den Direktor der Deutschen Lebensversicherung Widmann fielen,
wichtigsten zu einem Wahlsieg. Jetzt waren wir da und
blieben auch da, trotz allen Geschreies im gegnerischen Lager.
Denn 1874 waren wir mit unserem „Schuhler“ mit 2230 gegen
4658 Stimmen, die auf den nationalliberalen Dr. Klugmann
abgegeben wurden, ein gut Stück vorwärts gekommen. Auch 1877
zielten wir uns mit 2514 gegen 5357 Stimmen im Sattel.
Die einflussreichen Herren Nationalliberalen wurden nun aber un-
genügend. Sie trieben uns die Säle ab. Alle die großen Lokale,
das „Koloßium“, der große „Bürger-Schützenhof“, der „Fog-
hof“ und „Lauerhof“ und „Lindt“ wurden für uns gesperrt, nur
der „Reiche Engel“, der „Lannenhof“, „Adlershof“ und „Eis-
wighof“ blieben uns. Wir benutzten auch diese damals noch klei-
nen Säle zu unseren Zusammenkünften nach Kräften.
Da erkrankte uns als Leiter in der Kol, der im Kol, Ecke
der Kleinen Petersgrube wohnende, berühmte Parteige-
nosse, der beim großen Mauerstreit mit auf der Straße liegen ge-
bliebene, dann Reiter gewordene Zimmermeister Bötzler.
Er kaufte das an der Mühlenbrücke und Krähensteich gelegene
große Gartenrestaurant, im Volksmund der „Kummeigart-
ten“ genannt, baute es um und taufte es mit dem schönen Na-
men „Zur Belle-Alliance“. Dieses löste, mit einem
Saal, Nebenräumen und großem mit kostbaren Lauben geschmück-
ten Garten versehenen Lokal stellte er der Partei und den Gewerkschaf-
ten zur freien Benutzung zur Verfügung. Kaum hatten wir uns
hinreichend eingerichtet, als die wagherrigen Pistolen- und Salon-
händelschiffe auf den alten Wilhelm die Umwälz in Schreden und
Verärgerung verfehten. Das war eine gute Gelegenheit für den
Reichstagswahlkandidat. Er brachte, als er sich nach dem
ersten Schreden etwas erholt hatte, aus seiner roten Mappe
einer fertig aus sechs Paragraphen mühsam zusammen ge-
robbelter Entwurf eines Sozialisten-Ausnahmegesetzes hervor
und warf ihm mit einer genialen Geste „früh Be-
gehr oder früh“, den veracht breitenbeneden Reichsboten auf den
Tisch des Hauses. Den Reichsboten wurde es unheimlich, und als
dann am 23. und 24. Mai über diesen Wahlkampf bismarckscher
Staatsrat verhandelt wurde, lehnten die Reichsboten den hin-
gemerkten Räder nach einer kurzen Erklärung Wilhelm
Lichtnechts für die sozialdemokratische Fraktion mit 257
gegen 57 Stimmen ab. Er war unterlegen. Dieser große
Reichstagswahlkandidat fehlte immer auf die Herzen. Er zog nach
einer Ausreise mit seinem alten Herrn die Konsequenz und
schloß am gleichen Tage den Reichstag. Die Reichswahlen wurden
am den 31. Juli 1878 festgesetzt. Nun begannen auch hier bei

uns in Lübeck die Meegeleien und Anpöbelungen gegen alles, was
schon von weither als sozialistisch verdächtig war.

In einer sofort von den Sozialdemokraten erberufenen Ver-
sammlung sollte Heyer über die bevorstehenden Reichstagswahl-
len referieren. Die Nationalliberalen waren freundlich zum
Bezug der Versammlung eingeladen. Und sie kamen in großer
Zahl. Als der Parteivorstand Steffen die Versammlung
eröffnet hatte, kam es bei der Bureauwahl zu Meinungsverschie-
denheiten. Jede Partei erklärte sich als Sieger. Um die Ver-
sammlung nicht nutzlos der Auflösung preiszugeben, erklärten sich
die Sozialisten mit dem nationalen „Sieg“ einverstanden, wäh-
rend die Gewerkschaften entschieden anderer Meinung waren.
Schließlich einigte man sich auf eine „wohlwollende Neu-
tralität“. Das Bureau bestand aus folgenden Herren: Dr.
Adolf Bremer als Vorsitzender; die Herren Schweig-
hofer (Tabak- und Zigarrenfabrikant), Hauptlehrer Sartori
und Ernst (Korbmacher, im Nebengeschäft auch Präses des Krieger-
und Kampfgenossenvereins). Als eine wohlsortierte Drei-
gliederung: Wissenschaft, Kapital und Handwerk als freundschaft-
liche Bundesgenossen unter dem fliegenden Reichsbanner
gegen der Erz-Reichstagsfeind, den Sozialdemokraten. Nun konnte
es losgehen. Der sozialistische Heyer entledigte sich seines Auf-
trages unter heißen Ausfällen auf die jämmerliche Haltung
der Liberalen und Fortschrittler im verabschiedeten Reichstag.

Nun kam der streitbare Kämpfer Dr. Benda, bewaffnet mit
den aus dem Arsenal der Wissenschaft entnommenen alten Schar-
loten über das, was die Sozialdemokraten eigentlich ausführen
 wollten und würden, wenn man sie nicht vorher zu Boden krete.
Und nun wurde von dem Herrn Doktor, zum maßloser Erlaunen
keiner jähnelappernden Zuhörer der Karitätenrad aufgeführt.
Ueber den beachtlichsten Sturz aller Throne und Thronen, sowie
der Märate wußte der Herr Doktor nicht viel zu sagen, jedenfalls
lagen ihm diese Dinge zu fern. Auch zu der Erinnerung der
großen Vermögen konnte der Herr keinen richtig treffenden Ver-
finden. Blieb nur noch die „gräßliche Weibergemeinschaft“ und
hier konnte der grundgesetzliche Herr Doktor seinen Haften ein-
schlagen. Und das tat er denn auch mit solcher Energie, daß die ganze
Versammlung ihn mit starrem Starren anhörte. Die armen So-
zialisten mußten mit Graußen das jüngste Gericht über sich ergehen
lassen. Da erhas sich der erst am Vormittag von Petersburg im
Lübeck eingetroffene Genosse Schwarz, um den Uffan des
Reichstagslehren“ zu widerlegen. Er wies darauf hin, daß die
 schon seit zwanzig Jahren in der Kumpfleammer gelegenen, durch
Staub und Rotten zerfallenen Karitäten von der Wissenschaft
 längst als alte Schmäder abgelehnt und zu den Müten gelegt seien.
 Was nun aber die Weibergemeinschaft anlangt, so möchten die

gegen 300 Stück. Die Wildgänse wurden mit 20 Mark das Stück bezahlt; Enten waren billiger.

Cuxhaven. Weitere Schiffsunfälle. Der bei Otterbork hart aufgerante Schoner ist der schwedische Motorschoner „Njörd“, der inzwischen durchgebrochen und vollständig wrack geworden ist. Bei Elbe 4 liegt der schwedische Motorschoner „Oja“ fest; bei dem Abschleppungsversuche bisher vergeblich geblieben sind. Der Stettiner Dampfer „Dorta“ trieb mit starker Schlagseite vor der Elbe in Seenot und wurde durch den Schleppdampfer „Kronos“ eingeschleppt. Der norwegische Dampfer „Kolum“ und der deutsche Dampfer „Granterit“, der von Antwerpen kommend, auf See schwere Defschäden erlitten hat, wurden Cuxhaven als Nothafen anlaufen. Der dänische Zweimastschoner „Melboen“ hat in der Elbmündung beide Masten mit Ketten verloren. — Der Granzer Fischdampfer „Grama“ hat auf See den Nordhammer Heringslogger „Schwanfild“ mit Segel- und Deckschäden in schwerer Seenot treibend bei Vorkum angetroffen und hier eingeschleppt. — Der Seebüchsenmacher „Kehrwieder“ landete zwei Belgoländer, die er aus schwerer Seenot gerettet hat. Die beiden Belgoländer waren am Sonntag mit einem Motorboot bei Helgoland abgetrieben und in schwere Seenot geraten.

Köln. Ein Großfeuer kam Mittwoch früh bei der Firma May Krog, vorm. Voll & Schröder, in der Grubenstraße zum Ausbruch. Es brannte ein alter Speicher, von dem aus die Kammern auf den Speicher der Raiffeisengesellschaft überbrangen. Wegen Umsturzfürge wurde der Hauptgiebel umgelegt. Die Brandstätte bietet ein Bild schrecklicher Verwüstung. Verbrannt sind die gesamten Vorräte an Hafer und Abfallprodukte, dazu 30 Maschinen. Der Gesamtschaden läßt sich noch nicht übersehen. Vorläufig schätzt man ihn auf 3/4 Millionen.

Odenburg. Hineingefallen. In einem hiesigen Manufakturwarengeschäft hatte ein Landwirt große Einkäufe gemacht. Als er die Kaufsumme — 15 000 Mark — auf den Tisch zahlte, stellte sich heraus, daß es lauter Fünftzinsmarktheine waren, die schon im vorigen Jahre aus dem Verkehr gezogen waren. Der Landwirt gestand, daß er von denselben Scheinen für 80 000 M. in seinem Hause hat. Was muß der Mann für Geld ergaunert haben, wenn er diesen Verlust verschmerzen kann.

Aus der Partei.

Der Sozialdemokratische Verein Frankfurt a. M. steigerte seine Mitgliederzahl im abgeschlossenen Quartal (Juli/September) von 14 247 auf 15 002. Das ist ein absoluter Zuwachs von 655. Seit dem Beginn des neuen Quartals sind schon wieder 600 Mitglieder der Partei zugeführt worden, so daß die Parteiorganisation heute auf 16 600 Mitglieder steht. Die Entwicklung der Parteiorganisation bewegt sich also ständig aufwärts. Auch für die Vertiefung der Bewegung ist Großes geleistet worden. Eine große Anzahl Bildungsstunde über „Schule und Erziehung“, 15 an der Zahl, die in den verschiedensten Distrikten stattfanden brachten einen vollen Erfolg. Anfangs November tritt eine „Bildungsschule“ in Tätigkeit, in der über Geschichte, Philosophie, Kunst, Volkswirtschaft und Finanzen gelehrt werden wird. Als Lehrkräfte sind die Genossen Hermann Wendel, Dr. Quack, Hans Markwald, Oskar Düntz und Walter Loeb gewonnen.

Gewerkschaften.

Arbeitseinstellung in der Leigwarenfabrik der Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. B. in Gröha. Von der Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine wird uns geschrieben: Am 21. Oktober haben die in genanntem Betriebe beschäftigten 24 Arbeiter und Arbeiterinnen mit Zustimmung der Gewerkschaftsleitung, des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, die Arbeit eingestellt, angeblich, wie es in Bekanntmachungen in der Verbandszeitung und in der „Volkszeitung für Meißen“ heißt, weil die Großhandels-Gesellschaft sich geweigert habe, ein Tarifverhältnis zu schaffen. Diese Behauptung ist durchaus unwarhaft. Seit Gründung der Arbeitgemeinschaften und der daraus entstandenen Reichsarbeitsverträge für die verschiedenen Industriezweige hat die Großhandels-Gesellschaft im Einvernehmen mit allen zuständigen genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Instanzen in ihren Fabrikbetrieben die allgemeinen Reichsarbeitsverträge durchgeführt, da unter den heutigen Verhältnissen nur so eine Konkurrenzfähigkeit der GGG-Fabrikbetriebe und der Konsumvereine, die die genossenschaftlichen Eigenfabrikate vertreiben sollen, denkbar ist. Daß die Reichsarbeitsverträge der verschiedenen Industrien nicht sämtlich gleichmäßige Lohn- und Arbeitsbedingungen enthalten, kann die Großhandels-Gesellschaft nicht ändern. Mit dieser Tatsache müssen sich auch die Arbeiter ihrer Betriebe abfinden, wenn mehrere GGG-Fabriken an einem Orte liegen und infolgedessen die in den verschiedenen Fabriken tätigen Arbeiter zu unterschiedlichen Bedingungen arbeiten

müssen. Für die Leigwarenfabrik der Großhandels-Gesellschaft ist der Industriearbeitsvertrag seit seinem Bestehen durchgeführt. Verlangt wurde zwar verschiedentlich, daß an dessen Stelle der mit dem Transportarbeiter-Verband abgeschlossene Sondertarif für Konsumvereine oder ein Sondertarif für die Leigwarenfabrik treten solle. Aus obengenannten Gründen konnte jedoch diesem Wunsche nicht entsprochen werden. Bei Verhandlungen im März d. J. wurden weitere Zugeständnisse gemacht, insbesondere bezüglich Ferien und § 616, die erheblich über die Bestimmungen des Industriearbeitsvertrags hinausgingen. Nach diesen erweiterten Zugeständnissen ist bisher auch verfahren worden. Neuerdings eingereichte Forderungen auf noch weitere Ausdehnung der Ferien und des § 616 BGB. mußten abgelehnt werden und führten zur Arbeitseinstellung. Die genossenschaftliche Eigenproduktion wird also lahmgelegt, obwohl die Forderung nach verlängerten Ferien augenblicklich völlig gegenstandslos ist. Ebenfalls kann aber die Forderung bezüglich des § 616 BGB. (Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen) kein Objekt eines gewerkschaftlichen Kampfes gegen ein Genossenschaftsunternehmen sein. In Krankheitsfällen wird die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn gezahlt, und zwar nach vierjähriger Tätigkeit bis zur Dauer von drei Wochen. Bei längerer Krankheitsdauer tritt der Unterstützungsfonds, zu dem die Arbeiterschaft keinerlei Beiträge leistet, in Wirksamkeit. Nach dieser Darstellung der Tatsachen wird jeder objektiv Denkende sicherlich zugeben, daß trotz der Stilllegung eines Genossenschaftsbetriebes herbeigeführt worden ist.

Arbeitskampf in der Bochumer Gußstahlindustrie. Am 24. Oktober wurde der gesamte Betrieb des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlindustrie stillgelegt. Der Grund zu dieser Maßnahme liegt in dem Streik von 82 Maurern beim Bochumer Verein wegen Tarifstreitigkeiten. Da kein Ersatz für die streikenden Maurer geschaffen werden konnte, mußte der Hochofenbetrieb gedämpft werden. Dadurch wurde das Kraftwerk infolge Fehlens der Gaskraft außer Betrieb gesetzt und der Betrieb im Bochumer Verein mußte stillgelegt werden. Annähernd 12 000 Arbeiter sind arbeitslos geworden.

Die Verbindlichkeitsklärung des Reichstags für das Bankgewerbe vom 29. Juli 1921. Die unterm 15. Oktober ausgesprochen wurde, erstreckt sich auf alle Angestellten in Aktienbanken, privaten Bankgeschäften und Hypothekbanken. Außer den Beamten der Reichsbank und der Bayerischen Notenbank sind auch diejenigen oberen Angestellten von der Verbindlichkeitsklärung ausgenommen, für welche ein besonderer Nachtarifvertrag besteht. Die Ausdehnung der Verbindlichkeit auf gewerbliche Kreditgenossenschaften hat sich der Reichsarbeitsminister vorbehalten.

Arbeitsaufnahme in Nordfrankreich. Havas berichtet, der Unternehmerverband habe im wesentlichen folgende Bedingungen angenommen: Die Arbeiter nehmen mit einer zeitweisen Herabsetzung des Stundenlohnes um 15 Centimes die Arbeit wieder auf. Diese Herabsetzung bleibt in Kraft, solange der Feuerungs-Koeffizient unter 350 liegt. Wenn der Koeffizient diese Ziffer übersteigt, so soll der Stundenlohn wieder erhöht werden. Die seit zwölf Wochen ausständigen Bauarbeiter von Tourcoing haben die Arbeit wieder aufgenommen auf Grund einer Abmachung, nach der bis zu einer neuen Regelung die Zulöhne in Kraft bleiben.

Dünmert es in Amerika? Der Vorstand des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes hat entsprechend den Beschlüssen der letzten Tagung des Bundes (Juni 1921) unterm 6. Juli 1921 an den Internationalen Gewerkschaftsbund ein Schreiben gerichtet, das sich mit dem Wiederanschluß der amerikanischen Gewerkschaften an die Internationalen befaßt. In diesem Schreiben wird in der entgegenkommendsten Weise eine Verständigung vorgeschlagen, damit die gegenseitige Kritik aufhöre und der gemeinsame Zweck erreicht werden kann, nämlich die Schaffung eines wirklichen Internationalen Gewerkschaftsbundes, durch den die Interessen der Arbeitermassen der ganzen Welt wirksam geschützt werden können.

Aus aller Welt.

Ein Großfeuer äscherte das Rittergut Gropkau bei Merseburg ein. Nur das Wohnhaus konnte gerettet werden. Der Schaden beträgt weit über eine Million Mark. Als Brandstifter wurde ein entlassener Knecht ermittelt.

Diebstahlsdie. Eine fürchterliche Diebstahlsdie hat sich im deutschböhmisches Grenzgebiet abgepielt. Die Tochter des Holzjägers Knappe in Gropkau wurde von dem Glasdruder Josef Jary aus Morchenstern in den Wald gelockt und dort von ihm ermordet. Zunächst gab Jary mehrere Revolvergeschosse auf das Mädchen ab, und als diese nicht tödlich waren, erwürgte er das Mädchen. Die Leiche vergrub er unter Zweigen. Den Täter fand man im Walde erhängt auf.

Zum Tode verurteilt. Der Wanderknabenführer Ernst Schak aus Wipperfleth, der gemeinsam mit seinem Bruder seine Eltern ermordete, um sich in den Besitz der Erbschaft zu setzen, wurde

zum Schwurgericht in Raumburg zum Tode verurteilt. Sein Bruder hatte sich vor dem Strafverfahren im Gefängnis erhängt.

Festnahme eines Schwerverbrechers. Der Frankfurter Kriminalpolizei ist es gelungen, in der Person des 29 Jahre alten Steuerbeamten Hermann Kohl einen internationalen Verbrecher festzunehmen zu können, der in letzter Zeit nach eigenen Angaben dreizehn schwere Einbrüche in den verschiedensten Gegenden Deutschlands ausgeführt hat. Kohl hat auch in Cronau einen Polizeiwachmeister erschossen.

Untergang eines dänischen Dampfers. Der dänische Dampfer „Elofund“ ist in der Nacht zum Montag im Sturm mit der gesamten Besatzung von 15 Mann und zwei Reisenden im Kattegatt untergegangen.

Benzinexplosion. Eine Benzinexplosion ereignete sich in der chemischen Fabrik St. Ouen (Frankreich). Drei Tote wurden aus den Trümmern geborgen. Die Ursache ist unbekannt.

Theater und Musik.

Aus dem Konzertsaal. Auf vielseitigen Wunsch eröffnete Karl Mannstaedt auch das festliche vollstimmige Konzert im Stadttheater mit Brahms' Sinfonie in G-moll. Es spricht für den guten Geschmack der Konzertbesucher, daß sie gerade für diese Sinfonie sich so warm ins Zeug legten. Die unergreiflichen Schönheiten des zweiten und vierten Satzes übten von neuem ihren starken Zauber auf die große Masse der Zuhörer aus. Edward Griegs Konzertouvertüre „Im Herbst“ dürfte sich den stärksten Herbsttagen, die wir augenblicklich durchleben, sehr gut an. Aus dem C-Dur-Quartett des kindlich-heiteren Papa Haydn ließ Mannstaedt die sog. Kaiser-Variationen spielen. Das schmissige Spiel des Streichquartetts trug nicht wenig dazu bei, daß die Variationen starken Beifall auslösten, wobei es allerdings dahingestellt sein mag, ob nicht gewisse Ueberrationalen an dem Haydn'schen Musikfeuer ihre besondere Suppe zu kochen versuchten, indem sie offenbar demonstrativ Beifall klatschten, um ihrer innerlichen Befriedigung darüber Ausdruck zu geben, bei Haydn auf die Länge des „Deutschland“-Liedes zu stoßen. Jedes Tierchen hat halt sein Käsechen! Auch mit Camille Saint-Saens' schauervollem „Totenkant“ ergriff sich Karl Mannstaedt einen starken Erfolg. Infolge seiner geradezu raffinierten Instrumentation verfehlt dieses realistische Tonstück des französischen Deutschenspielfassers niemals seine Wirkung. Empfängliche Gemüter lernen das Gruseln, wenn der siebelnde Tod das Klappergeräusch aus Gräbern und Grüften zu gespenstischem Reigen aufruft; bis dann schließlich das hahnkrühende Oboe den Totenreigen und nächtlichen Spuk völlig verschwinden macht. Um seine dankbaren Zuhörer wieder in freundliche Stimmung zu versetzen, wandt Karl Mannstaedt im unmittelbaren Anschluß daran einen Strauß aufstiegender „Rosen aus dem Süden“ zu einem farbigen Kranz. Wenn die Zuhörer es nicht schon gewußt hätten, so fühlten sie es doch alsbald heraus, daß diese Rosen nur im Walzer-Garten des Johann Strauß erblickt sein können.

Der Klavierabend. Den Billy Hülfers aus Düsseldorf Montagabend im LogenSaale in der Lindenstraße gab, stand im Zeichen von Brahms, Schubert und Chopin, drei guten Marken. Von Brahms kamen die Variationen und die Fuge über ein Thema von Handel zum Vortrag, vom Schubert Franzl die nachgelassene Sonate in A-Dur. Chopin hatte die Phantasie in F-Moll (Op. 49), das Nocturno in Des-Dur (Op. 27 Nr. 2) und die Polonaise in As-Dur (Op. 53) beigeleitet. Billy Hülfers, ein Mann in noch jüngeren Jahren, verfügt über eine wahrhaft blühende Technik. Sein Anschlag ist leicht und dabei bestimmt. Sein Spiel zeigte Seele. Licht und Schatten standen in gutem Verhältnis zu einander. Der Beifalls-Flügel hatte Klang. Das Konzert war leider nur mäßig besucht.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Vom Schweineschlachten.

Eigenartige Zustände sind auf dem hiesigen Schlachthofe eingetreten. Dort fordern die Kopfschlachter beliebige Preise für das Schlachten der Schweine von Privat. Es ist den Besitzern schon äußerst schwer geworden, ein Schwein zu füttern. Da Haus-schlachten nicht erlaubt ist, so muß am Schlachttage die Arbeit veräußert werden, dazu kommen Fuhrlohn und die Gebühren des Schlachthofes. Während die berufsmäßigen Schlachter pro Schwein 10 Mark, mit Reiniger der Därme 15 Mark, für Großvieh 25 Mark zahlen, so muß der Arbeiter für ein Schwein von 2 Zentnern 20 bis 30 Mark bezahlen. Der Schlachterverband hat versucht, hier einzugreifen und Gerechtigkeit den kleinen Leuten zu verschaffen. Jedoch haben sich die Kopfschlachter dazu nicht bereit erklärt, den Privatbesitzern dieselben Preise wie den Meistern abzufordern! Vielleicht genügt dieser Hinweis in der Öffentlichkeit.

Herren und Damen der hohen und höchsten Gesellschaft im Spiegel ihre eigene Lebenslaufbahn erblicken. Er erinnerte daran, daß sich erst vor einigen Tagen hier in der Stadt eine würdige, schmutzige Ehebruchsgeschichte zugetragen hätte. Die Herren möchten gefälligst vor der eigenen Tür kehren. Vor der Tür der Sozialdemokraten sei die Straße rein und sauber. Auf diese unerhörte Sprache trat peinliche Stille ein. Der Hieb sah. Um über diese unerquidliche, vorher nicht in Rechnung gestellte Geschichte den Mantel der Liebe zu breiten, sprang der fortschrittliche Lehrer Sartori in die Bresche. Er meinte: Der Schwarz sei ein braver, guter Kerl, er spreche frei und offen aus, was er meine, glaube und denke. Aber der Heizer sei ein ganz gemeingefährlicher Heizer. Darauf wollte Heizer antworten, aber noch ehe er sich erheben konnte, sprang der ihm im Turnen überlegene Berda auf und stellte den Schlussantrag, der auch angenommen wurde. Steffen machte bekannt, daß eine weitere Versammlung am nächsten Abend in dem gleichen Lokal stattfinden werde. Sartori aus Hamburg werde das Referat übernehmen. Die Gegner seien freundlich eingeladen.

Am nächsten Tage stand ganz Lübeck im Zeichen der Kornblume: blau in blau. Jeder mit dieser simplen, unscheinbaren Blume Geschmückt hielt sich als patentierter Reichsfreund für berechtigt, alle diejenigen, die nicht die blaue Blume öffentlich zur Schau trugen, als Reichsfeinde auf offener Straße, in den Lokalen und überall zu provozieren, zu verhöhnen und zu verprügeln. Die Schutzmannschaft sah diesem Treiben verständnislos und gleichgültig zu. Die Handelskammer ließ ihren Mas, um 6 Uhr im Hafen, in den Fabriken und Werkstätten Feierabend zu machen, öffentlich bekanntmachen. Die Sozialdemokraten hatten beschlossen, diesem gemeingefährlichen Treiben ein Ende zu machen. Gewählte Ordner mit weißen Armbinden besetzten schon vor 11 Uhr das ganze Barriere-des-Saales. Als dann die Blaugelbarmühten unter Obhut der Trägerkorporation in ungeheuren Massen anrückten, mußten sie sich drängend und quetschend mit der Galerie und den Seitengängen begnügen. Immer größere Massen rückten an, so daß bald im Saal, in den Wirtschaften und Wohnräumen und selbst im Garten der berühmte Apfel nicht zur Erde fallen konnte. Um der entsetzlichen Qual ein Ende zu machen und vor allem, um Erpressen vorzubeugen, eröffnete Genosse Steffen die Versammlung lange vor der festgesetzten Zeit. Die Bureauwahl war bald beendet, weil niemand die Hand zu erheben vermochte oder konnte. Genosse Sartori sprach nur kurz und betonte, daß er gemäß dem 1876 gefassten Beschlusse des Sozialistengesetzes zu Gottha eine Doppelfunktion nicht annehmen dürfe und infolgedessen habe er in Lübeck ablehnen müssen. Die Parteigenossen hätten jetzt einstimmig den

Genossen Theodor Schwarz als ihren Kandidaten zur Wahl gestellt. Für ihn, den „hergelaufenen Hamburger Schuster“ dürfe kein Sozialdemokrat mehr seine Stimme abgeben. Der jetzige Kandidat sei kein „hergelaufener Jemand“, sondern ein in Lübeck geborener, bodenkundiger aktiver Bürger, mit dem auch die Gegner ihren immer vorgehobenen Einwand, nur einer Lübecker wählen zu können, aufreiben seien mühten. Da sich weiter keiner zum Worte meldete, schloß Steffen unter Beifallsrufen, denn zum Händerücken war kein Raum, mit einem Hoch auf Schwarz die Versammlung.

Was nun geschah, läßt sich in einem kurzen Bericht nicht beschreiben. Ein wirr durcheinander tobendes, raufendes Getöse. Jeder suchte nach einem Ausweg aus dieser von Scheiß und Staub geschwängerten Hölle. Da gab es für die Reichsfreunde keine Hilfe aus dieser, durch ihre Aufwiegelung der rohen, den Sozialisten feindsich gestimmten Massen zu entkommen, weder durch den Garten noch über den Wall. Der Ausweg zur Straße war nur durch die aufgekletterten Massen zu erreichen. Die Reichsfreunde hatten sich selbst in ihrer Schlinge gefangen.

Die Sozialdemokraten wollten der Qual der Herren ein Ende machen. Sie wieser ihre Ordner an, durch die Wohn- und Schlafräume nach der Küche hin einen geordneten Rückweg freizumachen. Das Mitleid mit den armen Reichsfreunden war nicht am Platze, denn nun stürmte die ängstliche Menge, alles in Trümmern legend, nach der Küche und kletterte wie die Ameisen den heißen Wall hinauf nach Brahls Gedächtnis. Es hätte nicht viel gefehlt und sie wären auf der anderen Seite des Walles in den Stadtgraben gerannt. So endete die „Kornblumen-Verjammung“ mit einer glücklichen Niederlage der Kornblumen-geschmückten Reichsfreunde.

Am nächsten Abend sprengten wir zum erstenmal wegen Verweigerung der Bureauwahl die nationale Versammlung im Tivoli-Theater. Wir hatten von den Reichsfreunden das Versammlungsprengung gelernt. Die „Belle-Alliance“ wurde vom Genossen Böttcher mit dem neuen Firmenschild „Für Kornblume“ versehen.

Daß wir unter diesen aufgeregten Verhältnissen auf keinen Erfolg bei den Wahlen hoffen konnten, mußten wir am besten; aber dennoch felen am 31. Juli auf Schwarz 1588, auf Dr. Lüggmann 6248 Stimmen. Wir waren nicht enttäuscht, es konnte nicht anders kommen, wie es kam.

Erster, der dabei gewesen.



Was ist Gustin?

Gustin ist ein sehr feiner deutscher Speisestärke-Puder, der in keiner Küche fehlen darf, um Milch, Früchte, Suppen, Saucen, Gemüse, Fette u.s.w. sämig zu machen oder zu verdicken.

Mit Gustin bereitet man:

- Puddings, Cremes, Suppen,
- Saucen, Kuchen, Torten,
- Milch- u. Frucht-Flammeris,
- Ideale Kinderspeisen,
- Krankenspeisen aller Art.

Ein Versuch wird jede Hausfrau befriedigen.

Rezepte umsonst in den meisten Geschäften. Wenn nicht zu haben, schreibe man eine Postkarte an

Dr. A. Oetker, Nahrungsmittelfabrik, Bielefeld.

Handwerkerschule

(verbunden mit kunstgewerblichen Abendkursen).
Die Kurse beginnen am 1. November. Sie erstrecken sich über alle Unterrichtsfächer der verschiedensten Gewerbe, für die sich eine genügende Teilnehmerzahl findet. Die kunstgewerblichen Kurse im Entwerfen, Modellieren und Holzschneiden sind auch Damen zugänglich. Das Schulgeld beträgt Mk. 15.— im Halbjahr für jedes Lehrfach.
Der Unterricht findet abends von 7—9 Uhr statt.
Schriftliche Anmeldungen in der Gewerbeschule, Domtröppelhof 8. (8257)
Der Direktor.

Zwei Sah schöne Ferkel und fette Enten. (8277)
Wilh. Howe, Fackenburg 89.

Eine große Partie Ferkel bill. zu verk.
H. Stapelfeldt, (8267)
Krempeldorfer Allee 80.

Wächter sucht einen Hund zu kaufen. Ang. unt. W H an d. Exp. d. Bl. (8266)

Ruppenwagen zu kauf. gef. (8289)
Sadowastr. 11a, L.

Schneiderin empfiehlt sich. Ang. u. B a. d. Exp. (8248)

Kartoffelland
(Moorboden) und circa 5 Morgen große Wiese zu verpachten. (8250)
Marlstraße 7 a.

Empfehle mich z. Anfertigung v. Damen- u. Kindergarderobe sowie Kleider besitzten. **Elsa Kahl**, (8248)
Renefestb. Lindenstraße 69.

Das Schulprogramm der Sozialdemokratie
von RICH. LOHMANN
Ein prakt. Handbuch für Eltern, Lehrer und Erzieher, in dem nicht nur die Forderungen der Sozialdemokratie zusammengefasst sind, sondern auch die wichtigsten Möglichkeiten zur Erreichung des Zieles dargestellt werden.
Preis Mk. 4.50

Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.**,
Johannisstraße 46.

Gebt Obdach den Wohnungslosen!
Zwei Vorstöße zur Gewinnung der Mittel zum Wohnungsbau von Rechtsanwalt **Hermann Brehmer**, Lübeck und **Dr. Ludwig Hergel**, Kiel.
Preis 150 Mk.
Eine Nachschrift: 75 Prozent Aufschlag zum Preispreis und rechtswirksam!

Zu haben: (13005)
Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.**,
Johannisstr. 46 und allen anderen Buchhandlungen.

Ken erschienen!
Vorwärts-Kalender 1922
in Tiefdruck, reich illustriert, zum Preise von Mk. 4.—
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46.

Postgebühren
— 50 Pfg. —
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Freitag u. Sonnabend
Pr. jung. fett. Rohfleisch und Wurst
Fr. Kollmann,
Reiferstraße 8.

Altes scharfes Züfiter
Bfd. 16 Mk.
In. Simbürger Bfd. 14 Mk.
Grüne Kräuter-Käse Stück 250 Mk. (8275)
Ob. Behmstr. 10. Im Keller.

Brantfleier
Kalt- u. Warmfleisch, Gut- und Silberfleisch empfiehlt (8263)
W. Simm,
Reiferstraße 16.

Ein neues Buch für junge und alte Sozialdemokraten
ES KLINGT IM STURM EIN ALTES LIED
von **JULIUS BRUHNS**
herausgegeben zum 70. Geburtstag Hermann Mölkenbühns
Selbstverlag des Geschichtens aus der Sturm- und Drangzeit der Partei
PREIS 14.— MARK elegant gebunden

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Ein neues Buch für junge und alte Sozialdemokraten
ES KLINGT IM STURM EIN ALTES LIED
von **JULIUS BRUHNS**
herausgegeben zum 70. Geburtstag Hermann Mölkenbühns
Selbstverlag des Geschichtens aus der Sturm- und Drangzeit der Partei
PREIS 14.— MARK elegant gebunden

Möbel 1881
Herren-, Speise-, Schlafzimmer, Küchen.
Boldts Möbellager
Fischergrube 25/27.

Keine große Reklame!!!!
aber die höchsten Tagespreise für Metalle, Eisen, Zeitungen, Lampen usw. an! (8284)
Fr. Erdmann,
Alte Knechtstr. 51.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (8229)
Otto Albers
Markt 4 Kohl. 10
Mgl. d. R.-Sparo. Dubeca

Leiden Sie?
an Flechten, Hautausschlag, Hautjucken, Pickeln, Finnen, Schorf, Krätze usw., dann gebrauchen Sie **Dr. Terrasche's Heilsalbe**. Erfolge überraschend. — Stück 6.50 Mark. Zu haben in den Apotheken und Drogerien.
Drogerie Aug. Prösch, Mühlenstr. 1.
Theater-Drogerie, Breite Straße 15.
Marli-Drogerie, Marlstr. 42.
St. Lorenz-Drogerie, Lindenstraße.
Diana-Drogerie, Glandorpsstraße 1.
Kreuz-Drogerie Thielbahr, 8224) Schlutup.

Obstbaum-Carolineum 8278
Ferd. Kaiser

Nur für Wiederverkäufer!
Zigaretten!
mit Goldm. u. o. Wdt. Bert.: 20, 25, 30 ujm noch zu alten Zeitpreisen, fast alle Mark. vorrätig.
Grundmann, Großhandlung,
Lübeck, Schüsselbnd. 32

Prima Dauer-Äpfel
(auch Kochäpfel) von 1 Mark an. (8261)
Ablerstraße 6.

Freitag u. Sonnabend
Pr. jung. fett. Rohfleisch und Wurst
Fr. Kollmann,
Reiferstraße 8.

Altes scharfes Züfiter
Bfd. 16 Mk.
In. Simbürger Bfd. 14 Mk.
Grüne Kräuter-Käse Stück 250 Mk. (8275)
Ob. Behmstr. 10. Im Keller.

Brantfleier
Kalt- u. Warmfleisch, Gut- und Silberfleisch empfiehlt (8263)
W. Simm,
Reiferstraße 16.

Ein neues Buch für junge und alte Sozialdemokraten
ES KLINGT IM STURM EIN ALTES LIED
von **JULIUS BRUHNS**
herausgegeben zum 70. Geburtstag Hermann Mölkenbühns
Selbstverlag des Geschichtens aus der Sturm- und Drangzeit der Partei
PREIS 14.— MARK elegant gebunden

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Freitag u. Sonnabend
Pr. jung. fett. Rohfleisch und Wurst
Fr. Kollmann,
Reiferstraße 8.

Altes scharfes Züfiter
Bfd. 16 Mk.
In. Simbürger Bfd. 14 Mk.
Grüne Kräuter-Käse Stück 250 Mk. (8275)
Ob. Behmstr. 10. Im Keller.

Brantfleier
Kalt- u. Warmfleisch, Gut- und Silberfleisch empfiehlt (8263)
W. Simm,
Reiferstraße 16.

Ein neues Buch für junge und alte Sozialdemokraten
ES KLINGT IM STURM EIN ALTES LIED
von **JULIUS BRUHNS**
herausgegeben zum 70. Geburtstag Hermann Mölkenbühns
Selbstverlag des Geschichtens aus der Sturm- und Drangzeit der Partei
PREIS 14.— MARK elegant gebunden

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Freitag u. Sonnabend
Pr. jung. fett. Rohfleisch und Wurst
Fr. Kollmann,
Reiferstraße 8.

Altes scharfes Züfiter
Bfd. 16 Mk.
In. Simbürger Bfd. 14 Mk.
Grüne Kräuter-Käse Stück 250 Mk. (8275)
Ob. Behmstr. 10. Im Keller.

Brantfleier
Kalt- u. Warmfleisch, Gut- und Silberfleisch empfiehlt (8263)
W. Simm,
Reiferstraße 16.

Ein neues Buch für junge und alte Sozialdemokraten
ES KLINGT IM STURM EIN ALTES LIED
von **JULIUS BRUHNS**
herausgegeben zum 70. Geburtstag Hermann Mölkenbühns
Selbstverlag des Geschichtens aus der Sturm- und Drangzeit der Partei
PREIS 14.— MARK elegant gebunden

Minlosches Waschnulvers
Mein Mann hängen Millionen dran.

Garantiert Friedensqualität, wieder überall erhältlich mo nicht, wende man sich an (8285)
L. Minlos & Co., Köln-Ehrenfeld.

SATYRIN (gold u. silber),
die neuen Hormon-Präparate für Männer und Frauen, vermitteln schnelle und nachhaltige Steigerung der Energie, insbesondere der Nerven- und Sexualkräfte.
Depot: St. Lorenz-Apotheke, Lübeck.
Zahlreiche Anerkennungen. Originalpackung Mk. 40.—
Akt.-Ges. **Hormona**, Düsseldorf-Grafenberg. (8226)

„Reformhaus Lübeck“
Eröffnung 1. Novbr. (8259)

Ganz neu eingetroffen!
Der bettere Fridolin!
Halbmonatsschrift für Sport, Spiel, Spaß und Abenteuer.

Ein überaus lustiges Buch für die Jugend aller Jahrgänge. Buntfarbig reich illustriert auf vierundzwanzig Seiten.
Preis 100 Pfennig
Buchhandlung **FRIEDR. MEYER & CO.**
Lübeck, Johannisstraße 46

Freitag u. Sonnabend
Pr. jung. fett. Rohfleisch und Wurst
Fr. Kollmann,
Reiferstraße 8.

Altes scharfes Züfiter
Bfd. 16 Mk.
In. Simbürger Bfd. 14 Mk.
Grüne Kräuter-Käse Stück 250 Mk. (8275)
Ob. Behmstr. 10. Im Keller.

Brantfleier
Kalt- u. Warmfleisch, Gut- und Silberfleisch empfiehlt (8263)
W. Simm,
Reiferstraße 16.

Ein neues Buch für junge und alte Sozialdemokraten
ES KLINGT IM STURM EIN ALTES LIED
von **JULIUS BRUHNS**
herausgegeben zum 70. Geburtstag Hermann Mölkenbühns
Selbstverlag des Geschichtens aus der Sturm- und Drangzeit der Partei
PREIS 14.— MARK elegant gebunden

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Freitag u. Sonnabend
Pr. jung. fett. Rohfleisch und Wurst
Fr. Kollmann,
Reiferstraße 8.

Altes scharfes Züfiter
Bfd. 16 Mk.
In. Simbürger Bfd. 14 Mk.
Grüne Kräuter-Käse Stück 250 Mk. (8275)
Ob. Behmstr. 10. Im Keller.

Brantfleier
Kalt- u. Warmfleisch, Gut- und Silberfleisch empfiehlt (8263)
W. Simm,
Reiferstraße 16.

Ein neues Buch für junge und alte Sozialdemokraten
ES KLINGT IM STURM EIN ALTES LIED
von **JULIUS BRUHNS**
herausgegeben zum 70. Geburtstag Hermann Mölkenbühns
Selbstverlag des Geschichtens aus der Sturm- und Drangzeit der Partei
PREIS 14.— MARK elegant gebunden

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Freitag u. Sonnabend
Pr. jung. fett. Rohfleisch und Wurst
Fr. Kollmann,
Reiferstraße 8.

Altes scharfes Züfiter
Bfd. 16 Mk.
In. Simbürger Bfd. 14 Mk.
Grüne Kräuter-Käse Stück 250 Mk. (8275)
Ob. Behmstr. 10. Im Keller.

Brantfleier
Kalt- u. Warmfleisch, Gut- und Silberfleisch empfiehlt (8263)
W. Simm,
Reiferstraße 16.

Ein neues Buch für junge und alte Sozialdemokraten
ES KLINGT IM STURM EIN ALTES LIED
von **JULIUS BRUHNS**
herausgegeben zum 70. Geburtstag Hermann Mölkenbühns
Selbstverlag des Geschichtens aus der Sturm- und Drangzeit der Partei
PREIS 14.— MARK elegant gebunden

Schlesier-Verein.
Kirmes
im „Kolosseum“
am Sonnabend, dem 29. Oktober. Anfang 7 Uhr.
Vorträge (Hr. Brenner u. a.) Ball. (824)
Eintritt: Herren 5.20, Damen 3.90 einschl. Steuer.

Luisenlust Morgen **Tanz.**
Freitag: **Tanz.**
Eintritt und Tanz frei.
Jeden Montag:
Gr. Blauer-Montag-Ball
Damen Eintritt frei. (8227)

Blitzblank
wird im Nu jeder Stiefel durch **Lavalin** Die Qualität überzeugt jeden.
Überall zu haben
Eig. Fabrik Gebr. Meyer Hannover-Ricklingen.

Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck**,
Telephon 798. Moltkestraße 1. (8238)

F. Lucht, Huxstr. 59.
Schuhwaren
noch zu den alten Preisen.
Kinder-Stiefel, alle Größen.
Baby, schwarz u. braun. (8238)

Geschäfts-Eröffnung.
Freitag, den 28. Oktober, eröffne ich
44 Wiedestraße 44
eine (8269)
Schlachterei und Wurstfabrik.

Es wird stets mein eifriges Bestreben sein, nur gute Ware zu den billigsten Tagespreisen zu liefern.
Geruche höflichst, mein junges Unternehmen zu unterstützen.
Hochachtungsvoll
Carl Möller.
Fernruf 2336.

Galvanisch-Elekt. Heilinstitut
Lübeck, Kirchenstraße 1a
behandelt schmerzlos und erfolgreich alle Krankheiten.
Speziell: Nerven-, Nchias- und Rheumatismusleiden. (8245)
Hegenschuß, kurze Behandlung.

Beitragsmarken
für Vereine, Gewerkschaften
fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

„Wurf“ ist ein gutes und billiges **Seifenpulver** frei von schädlichen Bestandteilen.
Das Pfund-Paket 3.50 Mk. Überall erhältlich!
Herst.: Wasch- u. Reinigungsmittel-Fabrik Lübeck
Kontor: Mühlenstraße 21. (8045) Fernspr. 3295.